

# Waldenburger Zeitung

Fernsprecher 3

(Waldenburger

Wochenblatt)

Fernsprecher 3

## Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg. Postfachkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Stadtbank Waldenburg, Waldenburger Handels- und Gewerbebank, Bankhaus Eichhorn & Co., Kommunalständische Bank.



## Erscheint täglich

mit Ausnahme an den Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 12.00, monatlich 4.20 Mk. frei Haus. Preis der einspaltigen Pettzeile für Inserenten aus Stadt und Kreis Waldenburg 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Reklameteil 2.00 Mk.

## Organisation des polnischen Aufstandes in Oberschlesien.

### Die Fieberkurve der Mark.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Als nach langem Tiefstand die allmähliche Steigerung der Mark, die Festigung unserer Valuta einsetzte, traten wir dem Optimismus, mit dem diese an sich gewiß sehr erfreuliche wirtschaftliche Erscheinung begrüßt wurde, entschieden entgegen, mit dem Hinweis darauf, daß sich erst erweisen müsse, ob es sich hierbei wirklich um einen dauernden Aufstieg und nicht etwa nur um vorübergehende Schwankungen handele. Unsere Warnung hat sich — leider! — als berechtigt erwiesen. Der Aufstieg der Mark hat seit kurzem einem abermaligen Rückschlag Platz gemacht, der sich noch fortzusetzen scheint. Man hat das Steigen und Sinken der Mark nicht mit Unrecht als die Fieberkurve der kranken deutschen Wirtschaft bezeichnet, wobei die Krankheit derart zu verlaufen pflegt, daß der Fieberzustand sich, sobald er einmal eintritt, ständig steigert. Das liegt eben daran, daß in der Periode der steigenden Mark diese vom Ausland aufgekauft wird, während bei ihrem Sinken in Deutschland das Einkäufen fremder Devisen einsetzt.

Darüber, worauf der neuerdings eingetretene rapide Sturz unserer Valuta zurückzuführen ist, zerbrechen die Finanz- und Handelskreise sich natürlich eifrig die Köpfe; aber so viel Köpfe, so viel Sinne, und die Ansichten hierüber weichen stark voneinander ab. Die Bankkreise sind geneigt, in erster Reihe die Maßnahmen der Reichsbank für die Gestaltung der Devisenkurse verantwortlich zu machen, indem sie darauf hinweisen, daß von amerikanischer Seite eine systematische Abstoßung der europäischen, vor allem aber der deutschen Devisen erfolge. Hierbei scheint der deutschen Ursache und Wirkung verwechselt zu werden; denn diese Devisenabstoßung ist weniger eine Ursache, als vielmehr schon eine Folgeerscheinung und zwar eine Folge des Mißtrauens, das man der Gestaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in Deutschland entgegenbringt.

Da es keinen Sinn hat, sich selbst etwas vorzumachen, wird man eben ehrlicherweise bekennen müssen, daß der Rückgang der Mark in erster Reihe auf diese unsere ungünstige wirtschaftliche und finanzielle Lage zurückzuführen ist. Auf die wirtschaftliche, denn mit der deutschen Produktion steht es infolge Mangels an Rohstoffen, an Kohle und zum Teil auch an Arbeitskraft (siehe die nicht abbrechenden Streikbewegungen) leider sehr ungünstig aus. Und was finanzielle Situation betrifft, so braucht nur daran erinnert zu werden, daß unsere schwebende Schuld gleichfalls eine Fieberkurve aufweist. Ist doch die Anzahl der im Umlauf befindlichen Reichsbanknoten und Darlehnskassenscheine, die Ende September 1919 41½ Milliarden betrug, jetzt auf weit über 70 Milliarden Mark gestiegen.

Nun könnte man einwenden, daß ja unser finanzieller Tiefstand schon seit längerer Zeit besteht und daher nicht hinreicht, das jetzige Sinken der Mark zu erklären. Darauf ist zu erwidern, daß es sich hier zum Teil um gefälschte Hoffnungen handelt. Man hatte wohl einmal

darauf gerechnet, daß endlich ein Abbau der Defizitwirtschaft eintreten werde, daß weiter die Wirkung der großen Kapitalsteuern, bei denen es doch immer noch mit dem Einziehen hapert, sich geltend machen werde, und vor allem hatte man im Inland wie im Ausland die Hoffnung auf die Genfer und die Brüsseler Konferenz gesetzt. Besonders von Genf hatte man eine für Deutschland erträgliche Regelung der Wiedergutmachungsfrage erhofft, während man von der Brüsseler Finanzkonferenz Maßnahmen zu einer Stabilisierung der Valuta erwartete. Jetzt wird immer mehr klar, daß man sich in Brüssel hauptsächlich bei einer Erörterung theoretischer Probleme bescheiden will, während Millerand, anscheinend, jetzt unter Zustimmung Giolittis, wenn auch Lloyd George noch Widerstand leistet, mit der Sabotage von Genf beschäftigt ist.

Zu alledem kommen die Gerüchte über den angeblichen Plan der Erhebung einer Zwangsanleihe, worin das Ausland ein Symptom dafür sieht, daß die deutsche Regierung die Hoffnung aufgegeben hat, auf normale Weise aus der Finanzmisere herauszukommen. Diese Ungewißheit über die geplanten Finanzmaßnahmen — spricht doch ein anderes Gerücht von einer Kombination zwischen Reichsnotehalter und Zwangsanleihe — wirkt natürlich sehr ungünstig auf die Valuta ein, während sie andererseits stark zur Kapitalflucht sowohl ins Geldspind wie ins Ausland anreizt, sobald bereits der Vorschlag gemacht wird, das bisherige Geld einzuziehen und neue Zahlungsmittel zu schaffen. Jedenfalls muß man sich darüber klar sein, daß der Fieberkurve der Mark, die ja eben nur ein Krankheitsphänomen ist, nicht mit kleinen Hausmitteln beizukommen ist, sondern daß sie nur verschwinden würde bei einem Gesundungsprozeß unseres kranken Wirtschaftskörpers. — Wenn das überhaupt noch im Bereich der Möglichkeit liegt!

### Vorbereitung einer neuen polnischen Aktion in Oberschlesien.

Berlin, 15. September. Der deutsche Bevollmächtigte für den Abstimmungsbezirk Oberschlesien hat dem Präsidenten der Interalliierten Kommission in Oppeln, General De Mond, Dienstag folgende Note übergeben:

Die deutsche Regierung ist im Besitz von polnischen Operationsplänen und organisatorischen Anordnungen, von Melbungen und Befehlen, die in ihrer Gesamtheit einen neuen Beweis für die Absicht einer

gewaltsamen Besetzung Oberschlesiens und für das Bestehen einer hierzu geschaffenen geheimen polnischen Kampforganisation erbringen. Es darf anheingestellt werden, die Originaldokumente im Auswärtigen Amt durch einen Bevollmächtigten einsehen zu lassen. Aus dem Material ergeben sich folgende Einzelheiten, die zum Teil auch den Schlüssel zu den Vorgängen der letzten Woche liefern:

Das gesamte Abstimmungsgebiet ist von der geheimen Organisation in neun Bezirke eingeteilt, die, untergeteilt nach den landräulichen

Kreisen, 74 Rayons umfassen. Innerhalb der Rayons sind Zehnerschaften organisiert, die die kleinste Kampfeinheit darstellen. Jeder Rayon muß mindestens verfügen über eine Sturm- und Maschinengewehr-Zehnerschaft, um die sich Infanterie-Zehnerschaften gruppieren. Die Zehnerschaften bestehen aus besonders verpflichteten Ortsangehörigen. Nach dem Stand vom 1. Juli 1920 zählte diese Organisation 11 736 Köpfe.

Daneben besteht die in die Rayons eingegliederte Hilfsorganisation des „Polnischen Selbstschutzes“

der Güten, Gruben, Eisenbahn, Export- und Gefangenevereine (Sotols). Zu ihr gehört auch der Verband der Hallertruppen, der Anfang Juli bereits 2000 Mann umfaßt und dessen Mitglieder durch Vermittlung des polnischen Roten Kreuzes in Danzig ihren militärischen Sold weiter erhalten. Aufgabe der Hilfsorganisation ist die überraschende

Begnahme der industriellen Anlagen und Eisenbahnen,

sowie Verhinderung unerwünschter Transporte. Die Leitung der gesamten Organisation ruht auf dem „Obersten Kommando“, das auf polnischem Gebiete in Sosnowice seinen Sitz hat und dem die neun Bezirke unmittelbar unterstellt sind. Dem Oberkommando liegt die Verständigung mit den polnischen höheren Behörden ob.

Aufgabe der Organisation ist es, sich der sogenannten Operationsbasis

zu bemächtigen. Diese umfaßt die Kreise Tarnowitz, Beuthen, Hindenburg, Ratiboritz und Pleß, also den Hauptindustribezirk. Zur Durchführung der Aufgabe sollen auf einem Teil der Einheit dieser Kreise drei Bataillone Infanterie, ein Stoßtrupp und eine Maschinengewehr-Kompagnie zusammengezogen werden, um die Westgrenze der Basis etwa in Linie Koschentin—Sosnowitz—Demina zu besetzen. Die übrigen Einheiten, formiert zu einem Bataillon Infanterie, drei Stoßtrupps und drei Maschinengewehr-Kompagnien, sollen, unterstützt vom „Selbstschutz“, die in der Basis gelegenen Städte nehmen und etwaigen deutschen Widerstand brechen. Insgesamt wurde Mitte Juli hierfür mit rund 10 000 Mann gerechnet, darunter die oben erwähnten 2000 Mann vom „Verbande der Hallertruppen“.

In enger Verbindung hiermit stehen dem Aufmarschplan nach auf polnischem Boden bereitgestellte Streitkräfte, die sich zu gegebener Zeit des

gesamten Abstimmungsgebietes bemächtigen sollen. Diese Streitkräfte versammeln sich bei Tschestochau—Bendzin—Zaworotno—Jelen—Oswiecim. Der Plan sieht vor: Bahntransporte bis in die Linie Lublitz—Łosław im Kreise Rybnik, von dort entweder weiterer Bahntransport oder Fußmarsch auf besonders zugewiesenen Marschstraßen bis zur Westgrenze des Abstimmungsgebietes mit anschließender Besetzung der Grenze. In einem Operationsbefehl vom 16. Juli 1920 mit der Unterschrift „Zoson alias Zosowski“, Chef des Stabes, wird im Interesse der Geheimhaltung befohlen, es soll den eigenen Leuten vorgespiegelt werden, daß der Zweck der Operationen die Abwehr einer deutschen Ueberwältigung sei.



Die deutsche Regierung beehrt sich, der interalliierten Kommission von Vorstehendem Kenntnis zu geben. Sie glaubt, gerade im gegenwärtigen Augenblick ihre früheren Warnungen eindringlich wiederholen zu sollen, weil sie zuverlässige Nachrichten von einer in

Vorbereitung befindlichen polnischen Aktion hat. Ein schweres Verhängnis, für das die interalliierte Kommission die Verantwortung tragen würde, ist von dem Abstimmungsgebiet nicht mehr abzuwenden, wenn nicht schnellig die durch den Augustaufstand geschaffenen Zustände beseitigt und die polnischen Vorbereitungen für neue Aufstandsbegehungen unterdrückt werden.

Bei der polnischen Regierung, der Friedenskonferenz, dem Heiligen Stuhl, den Kabinetten in London, Paris und Rom sind die erforderlichen Schritte unternommen worden.

Das amtliche Aktienfeld spricht für sich selbst und man wird ihm nur wenig hinzuzufügen haben. Die Note baut sich auf Material auf, das in der Nacht zum 30. Juli einem polnischen Kurier, als er mit dem wichtigen Paket durchs Wasser schwamm, von einem deutschen Grenzwachter abgenommen worden ist. Der Wächter wurde dann überfallen, aber er hat die bedeutenden Schriftstücke mit zwei anderen Helfern festzuhalten vermocht. Ein Glied mehr in der langen Kette der Beweise für die durchaus räuberischen Gesinnungen des imperialistischen Rußpolen.

Das Material ist authentisch. Zu seiner Prüfung wird der Präsident der Interalliierten Kommission in Opatów feierlich eingeladen. Wir erfahren aus ihm, wofür man sich nachgerade auch in Genf interessieren sollte, daß das polnische Rote Kreuz eine ausgesprochene Kampforganisation ist, die den Hallersoldaten auf Veranlassung des polnischen Ministeriums in Warschau den Sold bezahlt, daß die Organisation bis ins kleinste durchgeführt ist, daß auch ein Oberkommando militärischen Charakters besteht, von dem ausdrücklich gesagt wird, es hätte die Verbindung mit den „höheren Behörden“ — versteht sich in Warschau — dauernd aufrecht zu erhalten, mit einem Wort:

Polen ist marschbereit, um unter Bruch aller Verträge Oberschlesien zu rauben.

Wir Deutschen aber sind schuellig. Alles, was über deutsche Kampforganisationen gelaßt wurde, ist leeres Gerede. Hätte Deutschland eine derartige Organisation, man hätte sich beim letzten Aufstand nicht haufenweise totschlagen lassen. Wir Deutsche sind schuellig, und auch von dieser Note weiß man nicht, ob sie Ohr und Herz der gegenwärtigen Gebieter der Welt erreichen wird. Nur ein Mittel haben wir, wie die Dinge liegen, leider: Wir müssen mit Hilfsworten immer wieder an das Gewissen der Menschheit appellieren. Wer gibt es noch ein solches Gewissen, gibt es überhaupt noch eine Gattarmenschheit?

#### Zusicherungen der interalliierten Kommission.

Wyslowitz, 15. September. Die vereinigten deutschen Parteien haben eine Kommission an den Direktor des Militär-Departements der interalliierten Kommission gesandt. Dieser erklärte den deutschen Vertretern, die Kommission lasse sich in allen ihren Maßnahmen nur von den Grundsätzen des Rechts und der unbefangenen Unparteilichkeit leiten. Weiter ermächtigte sie die deutschen Vertreter, öffentlich zu erklären, daß die Kommission vor jedem gewalttätigen Vorgehen warne. Drittens ermächtigte sie die deutschen Vertreter, zu erklären, daß, sobald irgend ein tatsächlicher Vorfall erkennen lasse, daß ein gewalttätiges Vorgehen geplant sei, der französische Offizier, der der Polizei beigegeben ist, verpflichtet ist, unverzüglich den Kommandanten der in Wyslowitz liegenden französischen Truppen um Hilfeleistung zu ersuchen. Dieser ist verpflichtet, dem Hilferuf in ausreichendem Umfange sofort stattzugeben.

#### Keine Einreiseerlaubnis für den Fürstbischof.

Opatów, 15. September. Auf den Kanzeln der Opatöwer Kirchen wurde die Einweisung der neubauten St. Antoniuskirche in Lubosch für nächsten Sonntag angekündigt und dabei mitgeteilt, daß der Kardinal-Fürstbischof zu der Feier nicht kommen könne, da ihm von der interalliierten Kommission die nachgesuchte Einreiseerlaubnis verweigert worden sei. Auch eine Abordnung der Gemeinde Lubosch und deren Pfarrer hätten sich vergeblich bei der Kommission darum bemüht.

#### Fortgesetzter polnischer Terror.

Wagonschütz, 15. September. Die hiesigen polnischen Elemente in der Bürgerwehr agitierten schon andauernd gegen die deutschen Sicherheitswehren und setzen alle Mittel in Bewegung, um sie zu entfernen. Den Deutschen wurde ein Ultimatum gestellt, und sie wurden aufgefordert, ihren Posten freiwillig zu verlassen, andernfalls Gewalt angewendet werden sollte. Wie verlautet, sollte die Vertreibung am letzten Sonntag erfolgen. Gegen 200 mit Waffen versehene

Polen sollen hinter dem Kirchhof in Bereitschaft gestanden und auf das Zeichen zum Loschlagen gewartet haben. Aus welchem Grunde der Plan nicht zur Ausführung gelangte, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis. Eigenartig ist die Befehlsgebung der Kommandantenstellen. Bürgermeister Dr. Sobawo ist erster, Dlugiewicz zweiter Kommandant. Dlugiewicz gehört der Sicherheitswehr aber nicht an und ist auch kein geborener Oberschlesier, sondern Posener.

#### Preussische Landesversammlung.

Berlin, 15. September. Zum voraussichtlich letzten Tagungssitzung trat heute die preussische Landesversammlung zusammen, über deren weitere Existenzberechtigung nach dem durch die Reichstagswahlen offenbarten Umschwung der Volksstimmung der Kampf der Meinungen seit langer Zeit entbrannt ist. Er wird sich demnächst wohl auch im Parlament fortsetzen und hier dürften die Gegensätze besonders scharf aufeinanderprallen. Aber schließlich wird man sich doch dahin einigen, daß diese „als Konstituante“ gewählte Landesversammlung erst das Verfassungswerk und das Wahlgesetz zu Ende bringt, ehe sie für immer auseinandergeht. Ihre Lebensdauer noch weiter zu verlängern, liegt in der Tat keine Veranlassung vor.

151. Sitzung, 15. September.

Am Regierungstisch: Defer, Südemann, Am Zehnhooff, Fischbed.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Präsident Reinert auf die Lage in Oberschlesien und im Saarrevier aufmerksam, wo Vergewaltigungen und Bedrohungen der deutschen Bevölkerung vorgekommen sind. Die große Erregung in diesen Gegenden macht es erforderlich, daß auch die Landesversammlung dazu Stellung nimmt. Der Aelternter hat beschlossen, am Freitag über diese Vergewaltigungen zu verhandeln. (Beifall.)

Ein Antrag Adolf Hoffmann (U. S.), die 2. und 3. Beratung des Kirchenaustrittsgesetzes von der Tagesordnung abzuheben, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. Die 3. Beratung kann heute nicht mehr vorgenommen werden, da die Unabhängigen nach Ablehnung ihres Absehungsantrages dagegen Widerspruch erheben.

Die Ausführungsordnung über die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften wird nach kurzer Beratung, an der sich u. a. auch Frau Dönhoff (Dem.) beteiligte, dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Verschuldung wird ebenfalls einem Ausschuss überwiesen und desgleichen der Gesetzentwurf über die Verpflichtung der Gemeinden zur Haltung von Ziegenböden.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzes zur Beziehung von Steinkohle, wonach kleine Felder in gewissen Gegenden — Sachsen, Hessen-Nassau, Hannover und im Regierungsbezirk Pommern — auch Privatien zur Benutzung und Gewinnung der Steinkohle in der Weise überlassen werden können, daß sie die spätere Verleihung des Bergwerkseigentums an den Staat herbeiführen haben, wogegen der Staat ihnen ganz oder teilweise die Ausbeutung überläßt.

Abg. Gulemann (Soz.) verlangt Abänderung des Gesetzes zu einem Sozialisierungsgesetz in der Kommissionsberatung.

Abg. Dr. Frenkel (Soz.): Der Staat ist zurzeit nicht in der Lage, die Beziehungsarbeit vorzunehmen. Wir müssen aber jetzt auch das geringste Rohstoffvorkommen ausnützen. Die Sozialisierung hat hiermit nichts zu tun und schadet die Privatinitiative nur ab. Gegen die Ausschussberatung haben wir nichts einzuwenden.

Auch die Abg. Frhr. von Wangenheim (Deutsch-Hannoveraner) und Rietzsch (Zentrum) wenden sich gegen die Sozialisierungsbestrebungen, wogegen der Abg. Rudwicz (U. S.) die sofortige Sozialisierung verlangt. Die Vorlage geht an den Ausschuss für Handel und Gewerbe.

Auf Antrag Gerold (Zentrum) wird die Sitzung abgebrochen, nachdem noch eine Reihe von Eingaben erledigt sind.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. Ergänzungshaushaltsanträge. — Schluß 5 1/2 Uhr.

#### Die Vorzuschußung an die Beamten.

Berlin, 15. September. In der heutigen Sitzung des Reichstages führte Reichsfinanzminister Dr. Wirth zur Frage der Vorzuschußung an die Beamten einleitend aus, daß diese Frage in ein neues Stadium eingetreten sei.

Der Referentenentwurf erfährt weitgehende Beanstandungen, insbesondere durch das Reichspostministerium, das den Entwurf vollkommen verwirft. Der Reichspostminister hat ihn in einer öffentlichen Versammlung als ungerecht bezeichnet und als nicht anerkennend. Die Vorzuschußung geht davon unbeeinträchtigt weiter. Der Entwurf aber muß weitgehende Änderung erfahren. Die Finanzminister der Länder haben in der letzten gemeinsamen Zusammenkunft die größten Besorgnisse geäußert, wie sie schon die Wirkungen des bisherigen Entwurfes tragen sollten. Eine weitere Erhöhung der Ausgaben schien ihnen unmöglich. Für mich ist das Bestreben maßgebend, möglichst rasch einen Gesetzentwurf dem Reichstage und dem Reichsrat vorzulegen; denn die Beamtenfrage muß aus dem Zustande andauernder Zudrungen herauskommen.

Geheimrat Wolfram stellte fest, daß die Mitteilungen des Reichsfinanzministers eine große Ueber-raschung bedeuteten, umso mehr, als es bisher üblich gewesen sei, daß Referentenentwürfe geheim gehalten wurden. Er berichtet, daß die Ausschüsse gegen die Vorlage formale Bedenken hätten und außerdem gewisse sachliche Änderungen vorgenommen hätten. Auch sollen die Vorschüsse nur an die Beamten der Gruppen 1 bis 11 gewährt werden. Von Gruppe 12

an aufwärts wird ein Bedürfnis nicht anerkannt. Die Betriebszulage soll nur den Beamten gewährt werden, die keine Höherprüfung erlangen. Außerdem sollen die Postmeister und Mühlenmeister aus Gruppe 5 auf 4 zurückkommen und ferner die Stellen der Gruppe 6 grundsätzlich neuen Beamten offengelassen werden, die eine Prüfung abgelegt haben.

Die Anträge der Ausschüsse wurden angenommen. Angenommen wird auch ein Antrag auf Herabsetzung des Brantweinpreises von 620 auf 600 Mark, sowie der Entwurf eines Gesetzes gegen die Kapitalflucht.

#### Die Neuordnung der preussischen Polizei.

Berlin, 15. September. Die über die Neuordnung der Polizeiwesen in Preußen unter dem Vorsitz des Ministers des Innern Severing abgehaltene Sitzung, zu der sämtliche Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten, außerdem auch Vertreter der anderen preussischen und Reichs-Ministerien geladen waren, hat, wie verlautet, zur Ueber-einstimmung geführt. Wenn auch die Regierungs-präsidenten gegen Uebertragung eines wesentlichen Teiles ihrer bisherigen Befugnisse auf die Oberprä-sidenten Bedenken geltend machten, so trat doch überall das Bestreben hervor, der unabwiesbaren Notwendig-keit Rechnung zu tragen. In diesem Sinne hat die Aussprache das Ergebnis erzielt, daß in Anbetracht der von der Entente erhobenen Forderungen die Poli-zei nach den Richtlinien des im Ministerium des In-nern ausgearbeiteten Planes umzugestaltet ist. Don-nerstag abend wird dieselbe Angelegenheit im Haupt-ausschuß der Landesversammlung und unmittelbar darauf im Staatsministerium erörtert werden. So-bald das geschehen ist, werden die Organisations-änderungen veröffentlicht. Den gemäß den Forde-rungen der Entente bis zum 22. September durchzu-führenden Maßnahmen wird in Kürze eine Vorlage des neuen Polizeigesetzes folgen, dessen Gestaltung zuvor in größerem Kreise unter Hinzuziehung von sachverständigen Beamten und Vertretern der betei-ligten Beamtenorganisationen beraten werden soll.

#### Deutsch-polnischer Gefangenenaustausch.

Berlin, 15. September. Der deutsche Gesandte in Warschau teilt mit: Die polnische Regierung erklärte sich in der Frage der Rückführung der Soldauer-flüchtlinge zu Verhandlungen an Ort und Stelle bereit. Als Bevollmächtigte sind bestimmt: auf deutscher Seite Geh. Regierungsrat von Jerin, Allenstein, auf polnischer Seite Prinz Woronietz.

Vorgestern fand in Stettin seit dem 4. August der dritte deutsch-polnische Gefangenenaustausch statt, und zwar wurden 31 bisher in Polen zurückgehaltene Deutsche freigegeben. Auch diesmal haben sich, wie schon früher, Rittmeister Szepanik vom Posener Generalkommando und der deutsche Fürsorgekommissar, Superintendent Arl in Posen um den Austausch besonders verdient gemacht. Es ist anzuerkennen, daß in letzter Zeit dem Bestreben des Auswärtigen Amtes, die Freilassung Reichsdeutscher herbeizuführen, von polnischer Seite entgegengekommen wird. Auch die Unterbringung der Gefangenen im Kernort in Posen gibt zu Verhandlungen keinen Anlaß mehr, wie der deutsche Fürsorgekommissar auf Grund persönlicher Besuche bestätigt. Angehörige von Deutschen, die in Polen zurückgehalten werden, tun gut, dem Auswärtigen Amt, Referat Polen, so bald als mög-lich hiervon unter genauer Angabe der Einzelheiten Kenntnis zu geben. Die Nachrichten, die wegen der Zustände im Kriegsgefangenenlager in Tschel vor kurzem durch die Presse gingen, sind zum Gegenstand genauer Feststellungen gemacht worden. Ebenso sind Schritte eingeleitet worden, um die Freilassung der aus Oberschlesien verschleppten Deutschen herbeizuführen.

#### Letzte Telegramme.

#### Die polnischen Geheimdokumente.

Berlin, 16. September. Zu der Note an Ge-neral Le Nord auf Grund der polnischen Geheim-dokumente heißt es in der „Wassischen Zeitung“, es handelt sich um einen erneut dringenden Alarm, gestützt auf Dokumente, deren Nachprüfung das Aus-wärtige Amt dem General empfiehlt. Hoffentlich er-folgt diese Nachprüfung mit größter Beschleunigung. — Die dargelegten Verhältnisse sind, wie der „Vor-wärts“ schreibt, unhaltbar und die Entente hat die Pflicht, nachdem sie Deutschland die Möglichkeit ge-nommen hat, sich sein Recht selbst zu verschaffen, und da sie die Verantwortung für Oberschlesien trägt, ener-gisch durchzugreifen und dem Treiben der Korfant und Genossen endlich ein Ende zu machen. — Beson-ders belastend findet die „Deutsche Tageszeitung“ die Beteiligung des polnischen Roten Kreuzes. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt u. a., daß es möglich sei, daß der Operationsplan bereits mit dem August-Aufstand im Zusammenhang stand und über die Grenze gebracht wurde, um bei den bevorstehenden Kämpfen nicht in deutsche Hand zu fallen.

#### Der achttündige Arbeitstag.

Berlin, 16. September. Eine der ersten großen sozialpolitischen Vorlagen, die dem Reichstag in seiner nächsten Tagung zugehen soll, wird ein Geset-entwurf über die Einführung des achttündigen Arbeitstages sein, eine Art Vorbereitung für den Eintritt in den Völkerbund. Alle am Völkerbund teilnehmenden Staaten verpflichten sich, spätestens bis zum 10. Januar 1921 der Volksver-tretung einen Gesetzentwurf über den Achttundentag vorzulegen.



## Landessteuern.

Berlin, 16. September. In verschiedenen Blättern wird festgestellt, daß das preussische Finanzministerium bereits einen Gesetzentwurf ausgearbeitet habe, welcher bestimmte Vorschläge für eine Änderung des Fehlbetrages des laufenden Jahres und der zu erwartenden Fehlbeträge der nächsten durch Erhebung von Landessteuern enthält. Der Finanzminister sieht, so wird gesagt, auf dem Standpunkt, daß gleichzeitig sowohl eine starke Einschränkung der Ausgaben als eine Schaffung neuer Einnahmen unvermeidlich sei.

## Tagung der Knappschafts-Genossenschaft.

Kürnberg, 16. September. Die das gesamte Deutsche Reich umfassende Knappschafts-Genossenschaft zu Berlin hielt heute unter Teilnahme von 167 Vertretern ihre Genossenschaftsversammlung unter Leitung des als Nachfolger des verstorbenen Geheimrates Remy zum Vorsitzenden gewählten Vergrates Kleine (Dortmund) ab. Aus den Beschlüssen ist hervorzuheben die Bewilligung von 2½ Millionen Mark Darlehen aus der Rücklage zu Erweiterungsbauten von Grubenhäusern. Der Betriebsfond wurde um 15 Millionen Mark erhöht. Die Rücklage erreichte den Betrag von 111 Millionen Mark. Die Ver-

sicherungspflicht für Betriebsbeamte wurde bis zur Gehaltsgrenze von 35 000 Mark erweitert. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde spontan aus der Versammlung heraus die Frage der Sozialisierung des Bergbaues angeschnitten und Bedenken gegen die Sozialisierung geäußert.

## Das Urteil im Tisza-Prozess.

Budapest, 16. September. Das Kriegsgericht verkündete das Urteil in dem Prozess gegen die Mitglieder des Grafen Stefan Tisza. Stefan Dobo und Tibor Szantowski wurden zum Tode durch den Strang, Alexander Hüttner zu 15 Jahren schweren Kerkers und Eugen Vago und Wilhelm zu drei Monaten Kerkers verurteilt.

## Cafés, Unterhaltungs-Konzerte, Lichtbildbühnen, Vergnügungen.

\* Im Café „Kaiserkrone“ fand gestern als Sonderkonzert ein Operetten-Abend, ausgeführt vom Künstlertrio unter Leitung des Kapellmeisters Fritz Fiedler, statt. Der starke Besuch dieses Künstlerkonzerts bewies, welcher Beliebtheit sich die Darbietungen der Kapelle erfreuen, die auch gestern wieder ausgezeichnetes leistete. In dem abwechslungsreichen Programm gefielen dem Publikum besonders die prächtigen Walzerweisen aus den Operetten „Czarbasar“ und „Schwarzwaldbäuerl“ und „Rachingssee“.

Besonders stimmungsvoll interpretierte das Trio den „Destiny Valse“ von Schoney. Mit dem heutigen Tage findet wieder ein Programmwechsel statt, und der tüchtige Leiter der Kapelle scheidet aus dem Ensemble. Als Nachfolger hat der Besitzer des Cafés, Herr Barthel, einen hervorragenden Künstler gewonnen, der hier bereits in musikalischen Kreisen einen guten Ruf als feinfühligster erster Geiger besitzt.

Orient-Theater, Freiburger Straße. Der rührigen Direktion ist es gelungen, eine der größten und bedeutendsten Monumentalschöpfungen: „Die Geächteten“ („Der Ritualmord“), zur Aufführung zu erwerben. Der Film ist ein Drama größten Stils, ein Bild, das ergreift und packt, das aber gleichzeitig klar und vertiefend wirkt. Mit starken realistischen Farben hat hier der Regisseur gemalt. Ein heißer Atem weht in diesem Kunstwerk, der sittliche Ernst, der hier waltet, macht ihn zu einem Aufführungswerk im besten Sinne des Wortes. (Man beachte die Anzeige im heutigen Inseratenteil der „Waldenburger Zeitung“.)

## Wettervorhersage für den 17. September:

Veränderlich, streichweise Regen, schwachwindig, warm.

(Geschäftsleitung: D. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: B. Münz, für Kellereien: S. Anders, sämtlich in Waldenburg. Druck u. Verlag Ferdinand Dornel's Erben

## Alfred Ullrich

und Lisa Ullrich, geb. Sabig,  
geben ihre Vermählung bekannt.

Neu Salzbrenn, am 9. September 1920.

## Betrifft Kontrolle der Beitragsentrichtung der Invalidenversicherung im Stadtteil Altwasser.

Der Kontrollbeamte der Landesversicherungsanstalt Schlesien, Kontrollinspektor Thoms aus Schweidnitz, wird vom 10. bis 30. September 1920 die Kontrolle der Beitragsentrichtung im Stadtteil Altwasser vornehmen.

Es empfiehlt sich daher, zur Vermeidung der Bestrafung, etwaige Rückstände in der Beitragsentrichtung alsbald zu beheben.

Die Arbeitgeber im Stadtteil Altwasser werden ersucht, die Quittungskarten und sämtliche Aufrechnungsbescheinigungen (d. h. die Sammelbücher oder losen Quittungen über abgelieferte Karten) von allen beschäftigten Versicherten bis zum Tage der angelegten Kontrolle einzuziehen (wenn sie sich nicht in den Händen des Arbeitgebers befinden) und mit den Lohn- und Krankentafelbüchern an den Tagen der Kontrolle bereit zu halten, sodas die Kontrolle ohne Verzögerung und auch dann stattfinden kann, wenn der Arbeitgeber abwesend ist.

Wir machen noch darauf aufmerksam, daß solche Versicherte, die an den Tagen der Kontrolle beschäftigungslos sind, die Quittungskarten und Aufrechnungsbescheinigungen zur Kontrolle bereit zu legen haben.

Waldenburg i. Schles., den 15. September 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

## Maul- und Klauenseuche.

Die unter dem Viehbestande des Vergewalters Müller, Kohlenstraße Nr. 15, ausgebrochene Maul- und Klauenseuche ist erloschen.

Waldenburg, den 13. September 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

Zugelassen: 2 Hunde. Sofort abzuholen. Näheres Polizeibüro (Pfeiffischer Hof, Zimmer 29).

Waldenburg, den 16. September 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

## Chrensfeldhüter.

Der Gutsbesitzer Hermann Haase, Charlottenbrunner Straße Nr. 208, der Gutsbesitzer Oskar Radolph, Charlottenbrunner Straße Nr. 190, und der Gutsbesitzer Gustav Busch, Feldstraße Nr. 4, sind von uns als Chrensfeldhüter für den Polizeibezirk Waldenburg verpflichtet worden.

Waldenburg i. Schles., den 14. September 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

Dr. Wiesner.

## Nieder Hermsdorf.

Das National-Hygiene-Museum im Dienste der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet bis 19. September er. im Saale des Schützenhauses zu Waldenburg eine

Ausstellung zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten. Ich mache die hiesige Bevölkerung auf diese aufklärende und belehrende Veranstaltung besonders aufmerksam.

Nieder Hermsdorf, 16. 9. 20. Der Gemeindevorsteher.

## Nieder Hermsdorf. Spiritusmarken.

Diesem empfangsberechtigten Haushaltungen, welche für diesen Monat noch keine Spiritusmarken erhalten haben, wollen sich dieselben am Freitag den 17. September 1920, vormittags von 9—1 Uhr, im hiesigen Lebensmittelamt abholen, da die Nachlieferungen durch die Kreisverwaltung erfolgt sind.

Auch können Invaliden und Witwen, welche mit ihren Deputatsohlen nicht auskommen, je eine Spiritusmarke empfangen, solange der Vorrat reicht.

Nieder Hermsdorf, 16. 9. 20. Der Gemeindevorsteher.

## Müllabfuhr.

Das Hausmüll wird von der städtischen Müllabfuhranstalt bis auf weiteres abgeholt:

a) in der Neustadt: täglich von 6½ bis 8½ Uhr vormittags,

b) in der Altstadt: von 8½ Uhr früh bis 12 Uhr mittags

in der Wilhelm-, Friedländer-, Töpfer- und Mühlenstraße, Markt, Garten- und innere Freiburger Straße, Rathausplatz, Alberti-, Schael- und Pegoldstraße sowie in den in diesem Bezirk liegenden kleineren Straßen,

von 1 bis 5 Uhr nachmittags

in der äußeren Freiburger- und Weinrichstraße, Sonnenplatz, Auen-, Neue-, Scheuer-, Hochwald- und angrenzenden Straßen, Krister-, Sand-, Bahnhof-, Augusta-, Fürstensteiner Straße sowie in den in diesem Bezirk liegenden kleineren Straßen,

c) im Stadtteil Altwasser am Montag und Donnerstag in der Zeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags

in der Karlsbühnen-Kolonie und Breslauer Straße mit angrenzenden Nebengassen,

Dienstag und Freitag von 6 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags

in der Part- und Poststraße, Mangelweg, Brunnengasse, Kohlenstraße und Charlottenbrunner Straße bis ehem.

Seifert's Hotel, sowie angrenzenden Nebengassen,

Mittwoch und Sonnabend in der gleichen Zeit

in der Charlottenbrunner Straße vom ehem. Seifert's Hotel an mit angrenzenden Nebengassen.

Dem mit der Abfuhr betrauten Personal ist zu diesen Zeiten der Zugang zu den Gefäßen, in denen das Müll aufgesammelt und zur Abholung bereitgehalten ist, offen zu halten.

Waldenburg, den 10. September 1920.

## Der Magistrat.

In unser Handelsregister B Nr. 61 ist am 13. September 1920 bei der Firma „Porzellanindustrie Aktiengesellschaft mit dem Sitz Waldenburg in Schlesien“ eingetragen: Den Herren Felix Schmidt und Friedrich Kracke, beide in Waldenburg Schles., ist Gesamtpflicht dergestalt erteilt, daß jeder befugt ist, die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem Vorstandsmitglied zu vertreten.

Amtsgericht Waldenburg Schles.

In unser Handelsregister Bd. III Nr. 628 ist am 13. September 1920 bei der Firma Hörtzsch & Arciszewski, Agenturen und Kommissionen, Waldenburg, eingetragen: Die Firma lautet jetzt „Bruno Hörtzsch, Agenturen und Kommissionen“. Der bisherige Gesellschafter, Bürgermeister a. D. Bruno Hörtzsch in Waldenburg, ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Gesellschaft ist aufgelöst.

Amtsgericht Waldenburg Schles.

## Kontoristin.

perfekt in Schreibmaschine und Stenographie, mit Registratur vertraut, von Großhandelsfirma per bald oder 1. Oktober gesucht. Offerten unter S. G. 10 in die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

## Sauberes Mädchen.

nicht unter 17 Jahren, für kleineren Haushalt - zum baldigen Antritt gesucht von Frau Klemm, Albertstr. 2.

## Älteres, saub. Mädchen

in kinderlosen Haushalt kann sich bald melden

Ring 17, II. Stock

(Eingang Wasserstraße).

Suche für bald od. 1. Oktober ein kräftiges

## Dienstmädchen.

Frau Schnabel, Waldenburg,

Töpferstraße Nr. 22.

## Ein sauberes Dienstmädchen

wird per 1. Oktober gesucht.

Max Keil, Ring 21.

## Kleider- und Wäsche-Näherin

fürs Haus gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

## Verkäuferin

für mein Geschäft sofort gesucht

E. Ansorge Nachf.

H. Würscher,

Gartenstraße Nr. 26.

## Eine saubere Waisfrau

kann sich melden.

Restaur. „Schweidnitzer Keller“.

Suche zum baldigen Antritt einen kräftigen

## Arbeiter.

Frau Schnabel, Waldenburg,

Töpferstraße Nr. 22.

## Laden-Einrichtung

für Kolonial- und Schnittwaren,

3 Ladentische, dabei 1 Glas-

schrank und 1 Glasschrank, im

ganzen od. auch geteilt bald zu

verkaufen. Zu erfragen in der

Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Privatmann gibt Gelddarlehen jedermann, günstige Bedingung. Mellor, Berlin, Brückenstraße 8.

## 30000 Mark

sind zum 1. Oktober c. auf erste Hypothek, am liebsten Landwirtschaft, zu vergeben. Offerten u. L. M. i. d. Geschäftsst. d. Bg. erbet.

Suche sofort eine gut-

gebende

## Gastwirtschaft

zur Pacht oder Kauf. Offerten

an Schmidt,

Ober Waldenburg, Mittelstr. 9.

## Schreibmaschinen

jed. Syst., a. defekte, laufe z. an-

gemess. Preisen u. hole selbst ab.

Angebote nur m. Preis an

Otto Krusch, Breslau 23.

## Achtung!

## Prima starke Ferkel

hat wegen Futtermangel abzu-

geben Lachmuth,

Ober Waldenburg, Mitterplatz 3.

## Ein Militärrock (Chevi-

ot)

für mittlere Person,

ein schwarzer Rock

für starke Person

billigt zu verkaufen. Wo? sagt

die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Ein Sofa, 1 Glaschrank,

1 Kinderwiege, 1 Bett-

stelle, 1 Ofenbank, 1 Küchen-

schrankchen, 1 Küchenrah-

men, Bilder zu verkaufen bei

Inwich, Gartenstr. 3 a, part.

## Zu kaufen gesucht:

Ein gut erhalt. Herren-Anzug

(Größe 170), ein Paar Stiefel

(Größe 43) u. eine Wederuhr.

Zu erfragen in der Geschäfts-

stelle dieser Zeitung.

Elegante Herrenschuhe, neu,

für 250 Mark zu verkaufen

Schaelstr. 11, 1 Tr., links.

Schöner Winter-Neberzieher f.

Knaben, Repphut, sowie

moderner, schwarzer Seidenhut

billig zu verkaufen

Schaelstr. 11, 1 Tr., links.

## Formulare:

An- u. Abmeldungen zur Allge-

meinen Ortskrankenkasse der

Stadt Waldenburg,

Fremdenlisten,

Vermögensverzeichnisse für Nach-

lässe,

Zahlungsbescheide,

Kostenanschläge,

Preislisten für Grünzeug und

Vorkaufsgeschäfte,

An-, Ab- und Ummeldungscheine

fürs Stadt. Meldeamt,

Kontrollbücher f. Kost-, Quartier-

Miet- oder Schlafgänger,

Rechnungstagebücher für Bezirks-

hebammen

vorrätig in

Buchdruckerei Ferd. Dornel's Erben.



## Gymnasial-Jubiläum!

Alte einheimische Schüler, antwortet bald auf die Einladungen und meldet Euch zum Feste!

Der Platz wird knapp, da die Auswärtigen reger sind.

Zahlt zur Jubiläumstiftung Euren Beitrag!

Anmeldungen an Herrn Georg Paul, Bahnhofstraße 3a, Zahlungen an Waldenburger Handels- und Gewerbebank.

Der Ausschuß.

Dr. Giesemann, Knorrn, Ruh, Paul.

## Gasthof zur „Stadt Friedland“. Ausverkauf von Schultheiß-Bier.

### A. Geyer's Tanzschule,

Telephon 1089. Waldenburg. Gartenstr. 3a.

Sonntag den 19. September 1920:

### Ausflug

nach Altwasser, Hotel „Weißes Roß“.  
Abmarsch 2 1/2 Uhr ab Sonnenplatz.

## Stadt. Handels- u. Gewerbeschule, Waldenburg Schl. Mühlenstraße 29.

Das Winterhalbjahr beginnt am 13. Oktober.

Anmeldungen für den

Haushaltungskursus,  
Kursus für einfache u. feine Handarbeiten,  
Kursus für Wäscheanfertigen u. Maschinennähen

nimmt täglich, außer Sonntags, von 12—1 Uhr entgegen  
Die Vorsteherin.

## E. Bartsch, Waldenburg,

Gartenstraße 23/24.

Empfehle  
mein

großes Lager

Bildern, in Spiegeln,  
Freischwingern.

## Zigarettentabak!

Prima langstängeliger heller Zigarettentabak in 50 g-Partons  
direkt ab Fabrik zum Preise von Mk. 150.— per Kilo ab Köln  
in Nachnahmepaketen zu 5 kg versenden

Berkowicz & Co., Zigarettenfabrik, Köln-Sülz.

## Auto-Bereifung

Vollgummi-Pneumatiks

(in- und Auslandsware) in jeder Dimension

**KraftWagenGes.**  
m.b.H.

Fernspr.: Waldenburg Schles. 1180.

## Gegen Maul- und Klauenseuche

wirkt innerhalb drei Tagen

Dr. Bergmann's Prolaftan.

Landwirte, Apotheker, Reisende wenden sich nur an

Hch. Werner, Hertwigswalde Schl.

## Eichene amerik. Schmalzfässer

kauft G. Koch, Fackgroßhandlung,  
Breslau, Willmannstraße 14.

### Kräftiges, ehrl. Dienstmädchen

für kleinen Haushalt u. Wäsche  
zum 1. Oktober gesucht.

Frau Lokomotivführer Haesser,  
Barbarastr. 1, II. Etage.

### Möbliertes Zimmer

von jungem, anständigem Manne  
per bald od. 1. Oktober gesucht.

Gefl. Angebote unter A. C. in  
die Geschäftsst. d. Ztg. erbeten.

# Orient-Theater.

Nur 4 Tage! Freitag bis Montag Nur 4 Tage!

gelangt die größte und bedeutendste  
Monumental-Filmschöpfung zur Aufführung:

## Die Geächteten.

Sieben Akte.

Sieben Akte.

## Der Ritualmord.

„Berliner Börsenzeitung“ . . . . . Ein Kulturfilm allerersten  
Ranges, ein monumentales Werk von einer seltenen Ge-  
diegenheit, Szene für Szene ein Meisterwerk, besonders die  
Massenszenen. Die am Hofe Alexanders des Großen  
spielenden Szenen waren ein Kunstwerk für sich.

Außerdem das drollige Lustspiel:

## Im falschen Stockwerk.

Anfang wochentags 4, 6 und 8 Uhr,

Anfang Sonntags 3 1/2 Uhr.

## Die größte, beste und billigste Reparatur- werkstatt

für sämtliche

## Nähmaschinen

befindet sich nur bei

## Mech. Jubit,

Spezial-

Reparatur-Werkstatt,  
Ritterstraße 4, hinterh.

Sämtliche Reparaturen werden  
nur vom Fachmann selbst aus-  
geführt.

## Engl. u. französl.

Anfangsunterricht

ges. Offerten unter W. 200.  
in die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Ziehung: 23., 24., 25. Sept. 1920

Bar Geld im Betrage

300 000 Mark

Hauptgewinne Mk. 75 000

50 000, 20 000, 10 000 usw.

insgesamt 11 989 Gewinne

bietet die

Bahnhofmissions-

Geld-Lotterie

bei Kauf eines Loses zum

Preise von Mk. 5.— inkl.

Porto u. Gewinnliste. Ver-

sand erfolgt gegen Nach-

nahme, auch gegen Vorein-

sendung durch das

Lotterie-Geschäft

Chr. Jensen, Hamburg-Eilbeck.

## „Friedenshoffnung“, Hermisdorf,

Freitag den 17. September, abends 8 Uhr,

Hotel „Schwert“, Waldenburg,

Sonnabend den 18. September, abends 8 Uhr:

## Gastspiel

Bruno Kattner,

Erich Witschel,

Safir,

und

Bajazzo,

Seltjames aus dem Lande der Wunder. Klänge aus dem Reiche der Kunst.

Aus dem Programm:

Geheimnisvolle Kräfteübertragung, reichend an die Grenzen des

Uebernatürlichen,

Vieder und Arien der bekannten und klassischen Komponisten.

Ernstes und Heiteres (alles lacht Tränen).

Wissenschaftliches und Unterhaltendes.

Am Klavier: Kapellmeister Fritz Hosemann.

Vorverkauf

für Hermisdorf: in der Buchhandlung von Walter,

für Waldenburg: im Zigarrengeschäft von Sahn.

Karten zu 6, 5, 4, 3 und 2 1/2 Mark.

## Nicht versäumen!

Freitag den 17. und Sonnabend den 18. Sep-  
tember 1920 gebe ich Ihnen Gelegenheit,

alte und  
zerbrochene Gebisse,

auch

einzelne Zähne

zu verkaufen.

Zahle außergewöhnlich hohe Preise!

Kaufe auch Brennstifte, sowie Platin  
in jeder Form und Menge.

Johannes Wabnik,

Feinmech. Werkstätte,

Waldenburg, Friedländer Straße 22,

neben Gasthof „Stadt Friedland“.

## Achtung!

## Oberschlesier!

## Außerordentliche Versammlung

aller Ortsgruppen von Waldenburg und Umgegend

Montag den 20. September, abends 8 Uhr,

im Saale der „Herberge zur Heimat“.

Sehr wichtige Tagesordnung. Erscheinen ist unbedingte Pflicht.

Die Ortsgruppenvorstände. Der Vorstand des Bezirksverbandes.



# Waldenburger Zeitung

Nr. 217.

Donnerstag, den 16. September 1920.

Beiblatt

## Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 16. September 1920.

### Außerordentliche öffentliche Stadtverordneten-Versammlung am 15. September 1920.

Am Magistratsisch waren erschienen Erster Bürgermeister Dr. Erdmann, Bürgermeister Dr. Biehn, Stadträte Stein, Gause, Kirsten, Seilenbrügge, Gottschalk, Grätner, Stadtkonrat Rogge u. Wasserwerksdirektor Lummert. Anwesend waren 44 Stadtverordnete, Leiter der Verhandlungen war Stadtv.-Vorsteher Peltner.

#### 1. Mitteilungen.

Stadtv.-Vorsteher Peltner machte zuerst Mitteilung über das Revisionsprotokoll der Stadthauptkasse für August und gab dann ein Schreiben der städtischen Beamenschaft bekannt, in dem diese gegen die unberechtigten und unfaßbaren Vorwürfe des Stadtv. Daßler in der vorigen Stadtv.-Versammlung scharf protestiert und sich weitere Schritte vorbehalten. Auf Vorschlag des Stadtv.-Vorstehers wurde das Schreiben der Beamenschaft dem Magistrat zur Kenntnisnahme überwiesen.

#### 2. Wahl eines Mitgliedes in den Gewerbesteuer-ausschuß.

An Stelle des verstorbenen Stadtv. Kammel wurde der Stadtv. Ruh in den Gewerbesteuerausschuß gewählt.

#### 3. Neuwahl von fünf Mitgliedern in die Betriebsdeputation.

Die Versammlung wählte einstimmig die Stadtv. Kellner, Ferbers, Schod, Schmidt und Scholz.

#### 4. Antrag des Magistrats auf Einsetzung und Wahl eines gemischten Ausschusses: a) zur Untersuchung der in einem Wahl-Flugblatt gegen die städtische Verwaltung erhobenen Vorwürfe, b) zur Prüfung der Frage, ob und inwieweit die städtische Verwaltung einschließlich der städtischen Betriebe verbessert und verbilligt werden könne.

Der Antrag des Magistrats lautet: Zustimmung zur Einsetzung und Wahl einer aus 3 Magistratsmitgliedern und sechs Stadtverordneten bestehenden Kommission, die die Berechtigung der Vorwürfe nachprüfen soll, welche in einem anlässlich der Stadtverordnetenwahl verbreiteten Flugblatt der früheren Stadtverordneten-Versammlung und damit der Stadtverwaltung gemacht worden sind, und den städt. Körperschaften Vorschläge darüber machen soll, in welcher Weise die angeblich begangenen Fehler gutgemacht werden können. Die Kommission soll ihre Berichte in den einzelnen in Betracht kommenden Angelegenheiten schriftlich erstatten. — In der Begründung des Magistratsantrages wird ausgeführt: In dem Wahl-Flugblatt wird der bisherigen Stadtverordneten-Versammlung und damit der Stadtverwaltung überhaupt der Vorwurf sinnloser Verwischung städt. Gelder gemacht und durch einzelne Beispiele, deren, wie es in dem Flugblatt heißt, „noch viele angeführt werden könnten“ begründet. Das Flugblatt war geeignet, das Ansehen der städt. Verwaltung auf das Schwerste zu schädigen und das Vertrauen der städt. Bevölkerung zu den leitenden Persönlichkeiten der städt. Verwaltung, die doch in erster Reihe für die Maßnahmen der Stadtverwaltung die Verantwortung tragen, stark zu erschüttern. Aus diesem Grunde bedarf der Inhalt des Flugblattes einer eingehenden Nachprüfung. Es muß durch eingehende Untersuchung der vorgebrachten Beschuldigungen festgestellt werden, ob und wie weit diese Beschuldigungen begründet sind und wer für die angeblich begangenen Fehler die Verantwortung trägt. Die Nachprüfung ist aber auch deshalb nötig, weil, wenn tatsächlich Fehler begangen worden sind, diese schnellstmöglich gutgemacht werden müssen, um möglichst weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden. Es soll also, soweit die Untersuchung zu Gunsten der Stadtverwaltung ausfällt, nach Möglichkeit der Schaden, den das Flugblatt durch Erschütterung des Vertrauens zur Stadtverwaltung angerichtet hat, beseitigt werden, und soweit begangene Fehler festgestellt werden, dafür gesorgt werden, daß sie abgestellt werden. Beides ist unbedingt notwendig.

Es wird ferner beantragt, der gemischten Kommission, die zur Prüfung der Berechtigung der in dem bekannten Flugblatt gegen die Stadtverwaltung erhobenen Vorwürfe eingesetzt werden soll, auch die Aufgabe zuzumessen, zu prüfen, ob und wie weit die städt. Verwaltung einschl. der städt. Betriebe verbessert und verbilligt werden kann. Die Kommission soll berechtigt sein, zur Erfüllung ihrer Aufgabe auch Sachverständige oder Treuhändergesellschaften zuzuziehen. Die durch die Zuziehung entstehenden Kosten wolle die Stadtverordneten-Versammlung bewilligen.

Stadtv. Franz (Soz.) als Referent empfiehlt der Versammlung, den Anträgen des Magistrats zuzustimmen. Auf Eingehenden des Flugblattes wolle er nicht eingehen, weil dies ja der Gegenstand der Untersuchung sein werde. — Stadtv. Weisleder (Bürgerpartei) lehnte es ab, heute zu dem Flugblatt Stellung zu nehmen, damit nicht der Arbeit des Untersuchungsausschusses vorgegriffen werde. Er schlage jedoch vor, den Ausschuß aus acht Stadtverordneten

und einem stimmberechtigten Magistratsmitgliede zusammenzusetzen. — Stadtv. Dikreiter (Soz.) trat auch für die Wahl von acht Stadtverordneten ein, stellte jedoch die Bedingung, daß diese nicht als Mitglieder der alten Stadtv.-Versammlung angehört haben dürfen. — Der Vorlage des Magistrats wurde hierauf unter Berücksichtigung des Abänderungsantrages des Stadtv. Weisleder einstimmig zugestimmt. In den Untersuchungsausschuß wurden als Mitglieder die Stadtv. Ruh, Schod, Wenzel, Weisleder, Daßler, Scholz, Weigel und Hellwig gewählt. — Stadtv. Grätner beschäftigte sich hierauf als Dezernent für den städt. Marfakt in längeren Ausführungen mit dem gelben Wahl-Plakat und berichtete zahlenmäßig die falschen Angaben der Verfasser des Plakats. Wesentlich sei vor allem daß die Stadt nicht, wie es in dem Plakat heiße, 6 Pferde für 100 000 Mk., sondern 16 Pferde für ca. 98 000 Mk. von der Heeresverwaltung angelauft habe. Die Verwaltung des städt. Marfakts sei stets nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet worden und arbeite bei aller Sparfameit noch mit Ueberschüssen.

#### 5. Beratung und Festsetzung des Haushaltsplanes für 1920.

Das Wort zu einer längeren Staatsrede erhielt zuerst Erster Bürgermeister Dr. Erdmann, der Folgendes ausführte:

Das Jahr 1919, über das ich heute zu berichten habe, hat unserem Volke endlich den ersuchten Frieden gebracht, aber einen Frieden, der allen Forderungen von Recht und Billigkeit Hohn spricht, der umfangreiche und wichtige Landbestelle von Deutschland losgerissen und das Verbleiben anderer Landbestelle bei Deutschland von Volksabstimmungen abhängig gemacht hat, der dem verarmten und zermürbten deutschen Volke auf Jahrzehnte hinaus unerträgliche Lasten auferlegt und auf Seiten unserer bisherigen Feinde nichts weiter darstellt als eine Fortsetzung des Krieges gegen unser Volk, wenn auch mit untrügerischen Mitteln. Auch sonst hat uns das Jahr 1919 wenig Erfreuliches gebracht. Im September 1919 brachen infolge der herrschenden Fäulnis in Waldenburg mit Unübersichtlichkeit verbundene Unruhen aus, die in den späten Abendstunden mit einem Sturm auf das Rathaus endeten, der leider den Verlust von drei Menschenleben und eine Anzahl von Verletzungen zur Folge hatte. Im März 1920 führte die Gegenrevolution der Militärpartei unter Kopp auch in Waldenburg zum Generalstreik, in dessen Verlauf der Volkswirtschafts- und der neuegebildeten Arbeiterates vorübergehend die vollziehende Gewalt übernahm. Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung sind durch die Besonnenheit der Bevölkerung vermieden worden.

Im Uebrigen ist das Jahr 1919 das erste, in dem das mit Waldenburg vereinigte Altwasser mit der Geschichte von Waldenburg geteilt hat und mit Waldenburg gemeinsam verwaltet worden ist. Die Vereinigung der beiden Gemeindeverwaltungen hat sich reibungslos vollzogen. In Altwasser ist mir die bisherige Gemeindeparkasse als Nebenstelle der städtischen Sparkasse und Stadtkassette, eine Steuerzahlstelle, ein Lebensmittelamt, ein Standesamt und ein Einwohnermeldeamt, sowie eine neu eingerichtete Polizeiwache verblieben. Die Vereinigung hat sich bisher durchaus bewährt.

Die Einwohnerzahl der Stadt Waldenburg betrug nach der Volkszählung vom 8. Oktober 1919: 37 805, nach der Personenstandsaufnahme vom 6. Dezember 1919: 37 695, wovon 21 674 auf den Stadteil Waldenburg und 16 021 auf den Stadteil Altwasser entfielen. Das ergibt für den Stadteil Waldenburg gegenüber dem Vorjahre eine Vermehrung um nicht weniger als 1996, also rund 2000 Personen, und für Altwasser eine solche um 1383 Personen. Der Stadteil Waldenburg hat damit die Einwohnerzahl, die er im Frieden aufzuweisen hatte, nicht nur erreicht, sondern noch um etwa 300 überschritten. Am Schlusse des Rechnungsjahres betrug die Einwohnerzahl der ganzen Stadt bereits 38 162, hatte also wieder um 467 sich vermehrt, eine Entwicklung, über die man sich freuen könnte, wenn sie nicht eine stetig steigende Verschärfung der Wohnungsnot zur Folge hätte.

Die Gesundheitsverhältnisse haben sich gegenüber dem Vorjahre gebessert. Unter dem Einfluß der Beendigung des Krieges stieg in den beiden Stadtteilen Waldenburg und Altwasser die Zahl der Lebend-Geurten von 682 im Jahre 1918 auf 915, während die Zahl der Todesfälle von 1157 auf 916 sank, so daß die Abrechnung von rund 145 Todesfällen, die auf auswärtige Personen entfallen, mit einer natürlichen Vermehrung der Bevölkerung um 145 Personen zu rechnen ist, während im Jahre 1918 noch ein Ueberschuß der Sterbefälle über die Geburten in Höhe von 289 zu verzeichnen war. Das bedeutet eine Besserung um nicht weniger als 434. Die Zahl der Kriegstodesfälle ist für Waldenburg weiter auf 625, für Altwasser auf 489 gestiegen, so daß die Zahl der unmittelbaren Kriegstodesfälle für Waldenburg und Altwasser zusammen sich auf 1114 = 2,96 % der Bevölkerung beläuft. Die Säuglingssterblichkeit ist zwar absolut von 152 im Vorjahre auf 180, also um 28 gestiegen, das bedeutet aber keine Verschlechterung, sondern angesichts der erheblichen Vermehrung der Geburten von 682 auf 915 eine wesentliche Verbesse-

rung. Denn die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahre betrug im Stadteil Waldenburg nur 17,38 vom Hundert der Geburten gegenüber 1926 im Vorjahre und für Altwasser 19,67 gegenüber 22,05 im Vorjahre und war in beiden Stadtteilen so gering wie in keinem der Vorjahre. Welche Besserung erzielt worden ist, ergibt sich daraus, daß beispielsweise im Jahre 1911 in Waldenburg die Säuglingssterblichkeit noch 25,16 und in Altwasser gar 34,64 vom Hundert der Geburten betrug, ein Beweis, daß die zur Verringerung der Kindersterblichkeit gebrachten großen Opfer nicht vergeblich gewesen sind, und eine Ermüdung, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten. Ebenfalls mit der Beendigung des Krieges hängt die Zunahme der Ehegeschleichen zusammen, die mit 430 sowohl absolut wie relativ ganz erheblich größer war, als in irgend einem Vorjahre. Auch dies ist eine Erscheinung, die zu begrüßen wäre, wenn nicht auch sie zur Verschärfung der Wohnungsnot beitrüge.

#### Uebersicht ist

#### die Wohnungsfrage

diejenige, die der Stadtverwaltung die größte Sorge bereitet. Am 1. April 1919 betrug die Zahl der im Wohnungsnachweis gemeldeten unerledigten Wohnungsgesuche 423, am 1. April 1920: 1492. Die Stadt selbst hat getan, was in ihren Kräften stand, um der Wohnungsnot, die sich in diesen Zahlen ausdrückt, zu begegnen. Sie hat selbst vier Jagen. Wehlfäbanten mit 36 einwandfreien Wohnungen, deren Lebensdauer aber mindestens auf 30 Jahre anzusprechen ist, in schöner Lage in der Hermannstraße, 5 Häuser in der Barbarastraße mit 19 Wohnungen, ein Feuerwehrgaragehaus mit 12 Wohnungen errichtet, die Tierkörperverwertungsanstalt in ein Wohnhaus mit 5 Wohnungen umgebaut und in dem früheren Bleifischen Hofe, der für Verwaltungszwecke umgebaut wurde, zwei neue Wohnungen eingerichtet. In Privatgebäuden wurden mit städtischer Unterstützung durch Umbauten etwa 60 neue Wohnungen hergestellt und durch Teilung von größeren Wohnungen, Errichtung von zurzeit unbenutzten Räumen zu Wohnzwecken oder Beschlagnahme auf Grund der Wohnungsmangelverordnung des Bundesrats vom 23. September 1918 etwa 85 neue Wohnungen gewonnen. So ist die Zahl der Wohnungen insgesamt um rund 240 vermehrt worden. Im Bau sind zurzeit noch 6 Häuser in der Brangel- und Seidlichstraße mit 39 Wohnungen und 6 Häuser in der Bauvereinsstraße mit 28 Wohnungen, so daß durch die öffentliche Bautätigkeit im laufenden Jahre mit einer Vermehrung der Zahl der Wohnungen noch um 67 gerechnet werden kann. Dazu treten noch eine Anzahl von Wohnungen, die in der Nähe des Kreiskrankenhauses für Rechnung der Fürstener Gruben als Bergmannswohnungen errichtet werden. Es wird also auch im laufenden Jahre die Zahl der Wohnungen eine nicht unerhebliche, wenn auch bei weitem nicht genügende Vermehrung erfahren.

Die Versorgung der Stadtgemeinde mit Lebensmitteln war, abgesehen von Kartoffeln, infolge des Fortfalls der Hungerkolade durch unsere Feinde besser als im Vorjahre, aber bei weitem noch nicht ausreichend. Für eigene Rechnung hat die Stadt an Lebensmitteln für rund 5 1/2 Millionen Mark an die Bevölkerung abgegeben. Die Preise der Lebensmittel sind leider weiter gestiegen und es ist noch nicht ganz zweifellos, daß zurzeit der Höhepunkt erreicht und ein Rückgang zu erwarten ist. Der Betrieb der Kriegslieferung ist am 1. April 1920 endgültig eingestellt worden, nachdem die Zahl der für die benötigten Personen ständig zurückgegangen war.

Nach im Jahre 1919 mußten in ständig steigendem Umfang Gehaltsrückstellungen und Feuerungsanlagen an die städtischen Lehrkräfte, Beamten, Angestellten und Arbeiter bewilligt werden. Die Ausgaben, welche dadurch bedingt worden sind, sind geradezu ungeheuer und übersteigen die Leistungsfähigkeit der Stadt in einem Maße, daß für die Zukunft die schlimmsten Befürchtungen gerechtfertigt erscheinen, wenn nicht endlich auf dem Gebiete des Besoldungs- und Lohnwesens stabile Verhältnisse eintreten.

Die städtische Wohlfahrtspflege erfährt durch die Eingemeindung von Altwasser mit seiner überwiegend unbemittelten Bevölkerung eine sehr erhebliche Zunahme ihres Arbeitsgebietes. Die Zahl der Armenpflegsfälle und der Berufsvormundschaften hat sich infolge dessen mehr als verdoppelt. Dagegen ist die Zahl der während des Sommers auf dem Lande untergebrachten Kinder nur noch eine verhältnismäßig geringe gewesen. Ebenso ist die Zahl der Kriegersfamilien, die unterstützt wurden, erheblich zurückgegangen. Immerhin betrug bis Ende März 1920 die Gesamtsumme der seit Kriegsbeginn an Kriegersfamilien gezahlten Unterstützungen rund 5 Millionen Mark. Die Zahl der sonstigen Personen, die im Wege der Kriegswohlfahrtspflege unterstützt wurden, betrug rund 180. An Kriegshinterbliebenen waren im Stadtbereich Waldenburg 342 Witwen mit 673 Halb- und 26 Vollwaisen vorhanden, von denen 326 Kinder der städtischen Sparsfürsorge angeschlossen waren. Die Kindertruppen in der Altstadt und der Neustadt waren auch im Rechnungsjahr 1919 gut besucht und haben ihre Aufgabe voll erfüllt. Es ist beabsichtigt, die Krippe in der Altstadt in ein Säuglingskrankenhaus umzuwandeln. Auch die beiden im Stadtbereich vorhandenen Mütterberatungsstellen waren stark in Anspruch genommen. Die bisher vom



Freie geleitete Beratungsstelle in der Altstadt ist mit dem 1. April d. Js. von der Stadt übernommen worden und untersteht jetzt der Leitung des Stadtkinderarztes, der auch die ärztliche Aufsicht über die Krippen führt. Eine Neuordnung der gesamten Kinderversorgung im Stadtbezirk nach neuzeitlichen Gesichtspunkten ist in Vorbereitung.

Von den

#### Gemeindebesteuern

haben namentlich Gemeindeeinkommensteuer und Gemeindegewerbesteuer, aber auch Luxussteuer und Grunderwerbsteuer sehr erhebliche Mehrerträge gegenüber den Sägen des Haushaltsplanes gebracht. Die trotzdem notwendig gewordene Erhöhung der Gemeindesteuer durch Einlegung eines fünften Steuerzifferjahres war für die Steuerzahler zwar eine unangenehme Überraschung, hat aber der Stadt einen dauernden Vorteil dadurch verschafft, daß sie ihr einen um 25 Prozent erhöhten Anteil an der Reichseinkommensteuer sichert. Bei den städtischen höheren Schulen und der Gewerbeschule waren wesentliche Schulgelderhöhungen notwendig, um wenigstens einen Teil der gestiegenen Ausgaben zu decken. Die Realschule erhielt zu der zweiten Sexta noch eine zweite Quinta. Auch an der gewerblichen Fortbildungsschule war einerseits eine Erhöhung der den Lehrkräften zu zahlenden Vergütung, andererseits den von den Arbeitgebern zu zahlenden Schulbeiträgen notwendig.

Das Volksschulwesen wurde in Altwasser durch Neuschaffung von vier Lehrer- und sieben Lehrerinnenstellen wesentlich verbessert. Auch eine Turnhalle wird der Stadtteil Altwasser erhalten, sobald der Umbau des von der Stadt für diesen Zweck angekauften Seifert'schen Hotels beendet sein wird. Im Stadtteil Waldenburg waren an den evangelischen Volksschulen Klassenanteile erforderlich. Die Hülfschule in Waldenburg erhielt eine dritte und Ostern 1920 eine vierte Klasse, womit ihr Ausbau vollendet ist.

Der städtische Grundbesitz vermehrte sich durch den bereits erwähnten Ankauf des Seifert'schen Hotels, dessen Kaufpreis 110 000 Mark betrug, und vor allem durch den Ankauf des rund 900 Morgen großen Rittergutes Altwasser für den Preis von 1 Million Mark. Dadurch erhält Waldenburg neben einem Forstbesitz von etwa 500 Morgen und etwa 350 Morgen Weiden und Wiesen größere Flächen Bauland und einen ausschlaggebenden Einfluß auf die künftige bauliche Entwicklung von Altwasser. Die Stadt erhält ferner die Möglichkeit, den Futterbedarf des städtischen Warstalls im wesentlichen durch eine Ernte zu decken, sowie den großen und dringenden Bedarf der Bewohner des Stadtteils Altwasser und der Neustadt von Waldenburg nach Kleingärten und Kartoffelfeldern zu befriedigen. Auch die Milchversorgung von Altwasser hat gebessert werden können, indem die Milchliehe des Stadtgutes Reimswalden nach Altwasser geschafft worden sind, während das Stadttier Reimswalden hauptsächlich als Weide für das Jungvieh und das trockenstehende Milchvieh benutzt werden soll. Ferner ist der Viehbestand der städtischen Ziegenfarm dem Viehbestande des Rittergutes Altwasser einverleibt worden. Da anscheinend auch eine hinreichende Verzinsung des Kaufpreises erzielt werden wird, stellt sich der Kauf als nach jeder Richtung für die Stadt vorteilhaft dar.

Von weiteren Grundstücksankäufen ist noch der Ankauf einer etwa 21 Hektar großen Fläche, die zum Stadtteil Hartau gehört, aber unmittelbar an den städtischen Grundbesitz am Bahnhof Altwasser angrenzt, zu erwähnen. Die Fläche, deren Eingemeindung demnächst erfolgen wird, stellt ein sehr günstig gelegenes Siedlungsgebiet dar. Der Kaufpreis beträgt 168 000 Mark. Günstig ist der Ankauf des Grundstückes zwischen Fürstentauer Straße und Salzbrunnener Weg, das etwa 4 Hektar groß ist, sind die Ankaufverhandlungen noch nicht beendet.

Endlich ist durch einen auf 25 Jahre abgeschlossenen Vertrag die Stadtgemeinde in den Besitz der Ziegelei in Rynau gelangt. Der Pachtpreis beträgt 6000 Mark jährlich. Durch die Pachtung erhält die Stadt die Möglichkeit, die für die städtischen Zwecke, insbesondere den gemeinnützigen Wohnungsbau, erforderlichen Ziegel im eigenen Betriebe herzustellen. Trotzdem die Ziegelei zunächst mit einem Kostenaufwand von 18 500 Mark in Stand gesetzt werden mußte und erst am 26. Juli 1919 in Betrieb genommen werden konnte, wurden doch bis zum Eintritt des Frostwetters rund 600 000 Ziegel angefertigt. Die Kosten des Betriebes waren trotzdem nicht höher als in Privatbetrieben.

Aus dem Geschäftsbereich des Bau- und Wohnungswesens ist zu berichten, daß der Raumangel, unter dem die städtische Verwaltung litt, und der auch durch den Umbau des Pleßischen Hofes zu Verwaltungszwecken nicht völlig behoben war, dazu führte, vom 1. Februar 1920 ab alle dem Bau- und Wohnungswesen unterstehenden Geschäftsbereichen in dem Justizpalast gemieteten Räumen des Amtsgerichts unterzubringen. Was zunächst das Wohnungsamt anlangt, dessen rechtliche Grundlage die polizeilichen Vorschriften über den Wohnungsnachweis und die für die Stadt Waldenburg erlassene Wohnungsordnung bilden, so hat infolge der stetig zunehmenden Wohnungsnot sich seine Geschäftslast so gesteigert, daß neben der Wohnungspflegerin und den zugehörigen Schreibkräften ein Wohnungsinспектор angestellt und außerdem ausbilsweise zur Erledigung bauseitiger Arbeiten ein Bautechniker und ein Zeichner angestellt werden mußten. Trotzdem konnte nur die Wohnungsvermittlung in ausreichendem Maße durchgeführt werden. Die eigentliche Wohnungsaufsicht nebst der bringend notwendigen Ueberwachung der Schlafstellen und die dem Wohnungsamt obliegenden statistischen Aufgaben konnten nur in verhältnismäßig geringem Umfange ausgeübt werden, weil die Wohnungsvermittlung die Arbeitskraft der Angestellten des Wohnungsamtes voll in Anspruch nahm.

An neuen Hochbauten wurden, wie bereits erwähnt, die vier eigentlich zu Unrecht nur als Behelfsbauten bezeichneten Wohngebäude in der Hermannstraße, die fünf Wohnhäuser in der Barbarastrasse und das Feuerwehrtorhaus in der Bahnhofstraße fertiggestellt, wodurch 67 neue, allen neuzeitlichen Ansprüchen entsprechende Wohnungen geschaffen worden sind. Alle diese Gebäude fügen sich vorteilhaft in das Stadtbild ein, insbesondere gilt dies auch von den sogenannten Behelfsbauten in der Hermannstraße, deren Bewohner sich in ihren Wohnungen durchaus wohl fühlen, und die, zumal seit sie mit gärtnerischen Anlagen umgeben worden sind, kaum noch von jemanden als Verschandelung des Landschaftsbildes empfunden werden.

Am Bau befinden sich noch 6 Häuser mit 39 Wohnungen in der Brangel- und Seidlitzstraße, sowie 7 Häuser in der Bauwerkstraße mit 28 Wohnungen für Vergleute. Ob es daneben möglich sein wird, auch noch die Beseidung des Hartebuschgeländes am Bahnhof Altwasser in Angriff zu nehmen, wird davon abhängen, wie weit vom Reich und Staat weitere Mittel zur Deckung der Uebersteuerung zur Verfügung gestellt werden.

Der städtische Warstall, an den immer steigende Ansprüche gestellt wurden, wurde, da er bisher in völlig unzulänglicher Weise untergebracht war, nach dem städtischen Grundstück zwischen Rathausplatz und Krügerstraße verlegt. Durch einen Umbau, dessen Kosten sich auf etwa 200 000 Mark belaufen werden, sind dort auch Räume für eine Schmiedewerkstatt, eine Stellmacherei und eine Tischlerei geschaffen worden, in der die im Betriebe der städtischen Verwaltung erforderlichen Instandsetzungsarbeiten und auch, soweit angängig, Reparaturen vorgenommen werden. Die Herstellung dieser Werkstattanlage war notwendig geworden, da die erforderlichen Instandsetzungen von den privaten Handwerkern oft nur schwer und mit großen Verpätungen zu erhalten waren und fast unerschwingliche Kosten verursachten. Eine Konkurrenz für das private Handwerk werden die städtischen Werkstätten schwerlich werden.

Von größeren Tiefbauarbeiten ist zunächst die Kanalisierung des Dorfbaches in Altwasser zu erwähnen, die für die Sanierung des Stadtteiles Altwasser von außerordentlicher Bedeutung ist und deshalb alsbald nach der Eingemeindung in Angriff genommen wurde. Die Kosten werden etwa 970 000 Mark betragen, von denen 394 000 Mark durch Zuschüsse von Reich und Staat, etwa 150 000 Mark durch Anliegerbeiträge und der Rest durch eine Anleihe gedeckt werden sollen. Auch für den Stadtteil Altwasser durchfließenden Ratsbach waren Aufwendungen erforderlich. Es hatte sich hier eine außerordentliche Mäuerung und der Einbau einer Flutrinne in dem überdeckten Teil des Bachbettes als unumgänglich notwendig herausgestellt. Zu den Kosten, die rund 170 000 Mark betragen haben, haben Reich und Staat einen Zuschuß von rund 54 000 Mark geleistet. Weiter war der Neubau der Bahnhofstraße erforderlich, für den Reich und Staat einen Zuschuß von rund 23 000 Mark bewilligt hatten. Die Kosten des Neubaus, der sich bis in den Sommer des Jahres 1920 hingezogen hat, werden sich voraussichtlich kaum auf weniger als 150 000 Mark belaufen. Mit dem Neubau der Straße ist die Herstellung eines Regenwasserkanals auf der Südseite der Straße verbunden worden, dessen Kosten etwa 15 000 Mark betragen werden. Am Sonnenplatz im Stadtteil Waldenburg mußte die Regenwasserkanalisation erheblich erweitert und verbessert werden, um die bei starken Regengüssen auftretenden Ueberschwemmungen für die Zukunft zu verhüten, die entstandenen Kosten belaufen sich auf rund 11 000 M.

Die Unterhaltung der städtischen Straßen drohte infolge der starken Abnutzung durch die zahlreichen Kohlen, befördernden Lastkraftwagen und Dampftraktoren für die Stadt unerschwinglich zu werden. Nach langen Verhandlungen erklärte sich das Kohlen Syndikat bereit, zum Ausgleich an die Stadtgemeinde einen Betrag von 0,50 Mark für jede im Landabfuhr verkaufte Tonne Kohle zu zahlen, was im Jahre etwa 100 000 Mark ausmachen wird. Damit ist die starke Abnutzung der städtischen Straßen durch die Kohlenabfuhr von den Gruben des Kreises wenigstens zu einem Teil ausgeglichen.

Unser Gartenamt hat zunächst mit einem Kostenaufwand von 27 000 Mark die während des Krieges aufgegebenen vernachlässigten Anlagen unseres Stadtparks wieder in Stand gesetzt. Sodann aber hat unser Gartenamt, allerdings mit großen Kosten in der Nähe der sog. Behelfsbauten eine Kleingartenanlage geschaffen, welche für unsere Verhältnisse als musterhaft anzusehen ist und eine würdige Erweiterung unserer schönen Stadtparkanlage darstellt. Die Kosten betrugen rund 147 000 Mark und werden in Höhe von rund 82 000 Mark durch Reichs- und Staatszuschüsse gedeckt werden.

Bei unserem Wasserverwert waren, um die stetig steigenden Selbstkosten zu decken, weitere Erhöhungen der Wasserpreise notwendig. Der Friedenspreis, der für hauswirtschaftliches Wasser 22 Pfg. und für gewerbliches Wasser 18 Pfg. je Kubikmeter betragen hatte und bis zum 1. April 1918 in Geltung geblieben war, mußte am 1. April 1919 um weitere 6 Pfg. und am 1. Juli 1919 um weitere 12 Pfg. erhöht werden, so daß er 44 Pfg. für hauswirtschaftliches und 40 Pfg. für gewerbliches Wasser betrug. Seit dem 1. Dezember 1919 richtet er sich nach den Kohlenpreisen und stieg demnach bis zum 31. März 1920 auf 78,69 Pfg. für hauswirtschaftliches und 86,6 Pfg. für gewerbliches Wasser. Für das laufende Vierteljahr ist mit einem Preise von 116,65 Pfg. für hauswirtschaftliches und 108,65 Pfg. für gewerbliches Wasser zu rechnen. Damit ist die Preiserhöhung auf etwa das 5,3fache des Vorkriegspreises gestiegen. Die Wasserversorgung hat sich auf der Höhe des Vorkrieges gehalten, sie war um etwa 20 Prozent höher als in der Vorkriegszeit. Um diese erhöhte Wasserversorgung zu erreichen, waren die durch den Krieg herabgewirtschafteten Betriebsanlagen ständig bis an

die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen, ohne daß es möglich war, allen Anforderungen, die von Seiten der Wassernutzer an das Werk gestellt wurden, gerecht zu werden und zu verhindern, daß in hochgelegenen Ortsteilen oder Ortsteilen oder bei einzelnen größeren Wassernutzern zeitweilig drückender Wassermangel eintrat. Eine wesentliche Besserung hat zurzeit bereits die Fertigstellung der zweiten Leitung von Schwarzwaldbau nach Ruhbant herbeigeführt. Leider werden die Kosten dieser Leitung etwa 1 450 000 Mark betragen, also um 450 000 Mark höher sein, als seiner Zeit veranschlagt worden war. Zur Besserung der Wasserversorgung der Neustadt ist am Pleßentag eine elektrische Pumpe aufgestellt worden, die sich sehr gut bewährt und etwa 10 000 Mark gekostet hat. Ferner ist die Wasserversorgung in Wernersdorf durch Herstellung von drei neuen Bohrbrunnen wesentlich verbessert worden; die Kosten werden etwa 45 000 Mark betragen. Weiter wird in Wernersdorf mit einem Kostenaufwand von rund 500 000 Mark ein zweites Pumpwerk errichtet, das täglich etwa 3000 Kubikmeter Wasser liefern wird. Weitere Arbeiten zur Verstärkung der Leistungsfähigkeit der Wasserversorgungsanlagen werden erwogen, um unser Wasserverk in der Lage zu setzen, den Bedarf seiner Abnehmer in voller Höhe zu befriedigen. Von sonstigen Erweiterungen ist nur noch die Leitung einer Leitung in der Barbarastrasse zu erwähnen, die zur Versorgung der dort errichteten städtischen Wohnhäuser, gleichzeitig aber als Teil einer später zu erbauenden neuen Leitung für Altwasser zu dienen bestimmt ist. Die Kosten belaufen sich auf rund 40 000 Mark.

Auch im Betriebe unseres städtischen Gaswerkes waren erhebliche Preiserhöhungen notwendig. Der Vorkriegspreis von 12 Pfg. je Kubikmeter war noch bis zum 1. Juli 1917 in Geltung geblieben, dann aber vom 1. Juli 1917 ab auf 13, vom 1. Januar 1918 ab auf 14, vom 1. April 1918 ab auf 16, vom 1. März 1919 ab auf 20 Pfg., vom 1. Juli 1919 ab auf 30 Pfg. je Kubikmeter erhöht worden. Mit dem 1. November 1919 trat auch hier durch Einführung einer Kohlenmausel eine Anpassung des Gaspreises an die jetzt weiten Kohlenpreise ein. Infolgedessen stieg der Gaspreis am 1. November 1919 auf 59, am 1. Januar 1920 auf 69, am 1. April 1920 auf 110 Pfg. und wird für das laufende Vierteljahr voraussichtlich 125 Pfg. je Kubikmeter betragen. Damit ist etwa das 10fache des Vorkriegspreises erreicht. Der Gasverbrauch hat trotz dieser Preiserhöhungen auch im Berichtsjahre noch erheblich zugenommen und betrug mit mehr als 2 600 000 Kubikmeter etwa doppelt so viel als in der Vorkriegszeit. Um die Gaswerksanlagen zu dieser Leistung dauernd zu befähigen, waren Instandsetzungen und Erweiterungen nicht zu umgehen. Zunächst waren infolge Senkung der Glöde erhebliche Instandsetzungsarbeiten am großen Gasbehälter erforderlich, deren Kosten auf etwa 15 000 Mark veranschlagt waren, aber etwa 60 000 Mark betragen haben. Ferner mußte infolge der Zunahme des Gasverbrauches zur Aufstellung eines neuen Gasbehälters geschritten werden, der an der Stelle des kleinen Gasbehälters als Scheibenbehälter ohne Wasserabdeckung mit einem Fassungsvermögen von 4000 Kubikmeter errichtet wird. Die Kosten sind hier auf 365 000 Mark veranschlagt, werden aber infolge der Steigerung der Löhne und Materialpreise etwa das Doppelte dieses Betrages erreichen. Die Gasversorgung des Stadtteiles Altwasser mit Neu Weikstein und Kolonie Sandberg wurde am 1. Januar 1920 von der Stadt übernommen. In die Gaszentrale Altwasser, in deren Händen bisher die Versorgung dieser Ortsteile lag, ist als Ersatz für die von ihr übernommenen Werte ein Betrag von etwa 150 000 Mark zu zahlen. Im Uebrigen wird der erhöhte Gewinn, den uns das Gaswerk im Jahre 1919 abgeworfen hat, zur Verstärkung der Abrechnungen, die infolge der Zunahme der Feuerung sich als völlig unzureichend erwiesen haben, Verwendung finden müssen.

Die städtische Badeanstalt wies im Berichtsjahre den höchsten Besuch seit ihrem Bestehen auf. Wiederholte Erhöhungen der Bäderpreise waren notwendig, um die steigenden Unkosten wenigstens teilweise zu decken.

Der Schlachthof war auch im Berichtsjahre noch an den Kreis kommunalverband verpachtet.

Unser städtische Sparkasse hat auch im Jahre 1919 einen sehr erheblichen Zuwachs an Spareinlagen erfahren, der bei der Nebenstelle Altwasser rund 4 Millionen, bei der Hauptstelle in Waldenburg rund 7 1/2 Millionen Mark betrug. Der Gesamtbestand an Einlagen betrug Ende 1919 rund 35 1/2 Millionen M., also rund 8 1/2 Millionen Mark mehr als Ende 1918. Diese Zunahme übersteigt diejenige des Jahres 1918 noch um über 3 Millionen Mark und ist überhaupt die größte seit Bestehen der Sparkasse. Ebenso günstig war die Entwicklung der der Sparkasse angegliederten Stadtirotasse, deren Bestand an fremden Einlagen sich gegenüber dem Vorjahre um rund 6 1/2 Mill. Mark auf 9 1/2 Millionen Mark erhöhte. Der Jahresumsatz betrug bei der Sparkasse rund 88 Millionen, bei der Stadtirotasse rund 260 Millionen Mark. Der Ueberschuß beider Kassen beträgt für das Jahr 1919 rund 155 000 Mark. Trotz der gewaltigen gestiegenen Verwaltungskosten ist er gegen das Vorjahr um rund 23 000 Mark gestiegen. Mit dem 1. April d. Js. ist die Stadtirotasse von der Sparkasse wieder abgetrennt und zu einer Stadtbank ausgetastet worden. Wie günstig diese Maßnahme gewirkt hat, ist daraus zu ersehen, daß die Stadtbank am 1. August d. Js. bereits über einen Bestand an fremden Geldern in Höhe von 26 Millionen Mark verfügt und dieser Einlagenbestand, sowie der Umsatz ständig steigt. So ist zu hoffen, daß die Stadtbank alle Hoffnungen, welche auf ihre Errichtung gesetzt wurden, voll rechtfertigen wird. Zu einer Konkurrenz für die Sparkasse ist die Stadtbank keineswegs geworden, denn auch der Einlagenbestand der Sparkasse, die im Ubrigen durch die Stadtbank von allen nicht unmittelbar mit dem Sparverkehr zusammenhängenden Ge-



schaffen entlastet worden ist, hat sich seit Januar 1920 um 5,5 Millionen Mark, davon allein im Monat Juli um 1,7 Millionen Mark, vermehrt, und betrug Mitte August bereits rund 41 Millionen Mark.

So hat auch während des schweren Jahres 1919 die Entwicklung der Stadt nicht stillgestanden, sie ist vielmehr Dank der Opferwilligkeit der städtischen Körperschaften mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert worden und es ist vieles nachgeholt worden, was während des Krieges zurückgestellt werden mußte. So konnten wir trotz allem Schwestern, was uns das Jahr 1919 gebracht hat, mit Befriedigung auf dieses Jahr zurückblicken, wenn die Ausichten für die Zukunft besser wären. Wie der Magistrat diese Ausichten beurteilt, das ergibt der neue Haushaltsplan, der die städtische Wirtschaft für das Jahr 1920 regeln soll und der heute zur Beratung steht. Eine einzige Zahl reicht hin, um diesen Haushaltsplan zu beurteilen. Der gesamte Ausgabenbedarf ist auf nicht weniger als 21 Millionen Mark geschätzt gegenüber 8 1/2 Millionen Mark im Jahre 1919 und nur 2 1/2 Millionen Mark im Jahre 1914. Wir haben also in diesem Jahre einen Ausgabebedarf, der um das 8 1/2-fache höher geschätzt werden mußte, als die letzte Schätzung des Jahresbedarfs vor dem Kriege betrug. Und es fragt sich, wodurch diese Steigerung verursacht worden ist. Da muß von vornherein betont werden, daß sie nicht veranlaßt wird durch große einmalige Ausgaben.

Abgesehen von den nicht zu umgehenden Wohnungsbauten und verbundenen Anlagen in den Betrieben des Gaswerks und des Wasserwerks, deren Ausführung nicht aufgeschoben war, ist im Haushaltsplan für 1920 keine einzige größere Bauausführung oder sonstige einmalige Ausgabe vorgesehen. Ebenso wird die Steigerung der Ausgaben nur zu einem kleinen Teil veranlaßt durch das Steigen der städtischen Schuldenlast, die vor dem Kriege etwa 6 Millionen Mark betrug, für Ende 1920 aber auf etwa 14 1/2 Millionen Mark zu schätzen ist. Denn der Mehraufwand für Verzinsung und Tilgung dieser Schuld beträgt nur etwa 400 000 Mark jährlich und wird überdies, da es sich überwiegend um Anleihen für verbundene Zwecke, insbesondere Erweiterungen von Gaswerk und Wasserwerk, Gaskläuse usw. handelt, größtenteils durch entsprechende Einnahmen gedeckt. Vielmehr wird die Steigerung fast ausschließlich dadurch bedingt, daß die Stadt für alle ihre städtischen Bedürfnisse, für Straßenunterhaltung, Straßenreinigung und Müllabfuhr, für die Heizung, Beleuchtung und Instandhaltung der städtischen Gebäude und für die Befolgung ihrer Beamten und Angestellten Aufwendungen machen muß, die das 4- bis 5-fache der Vorkriegssätze ausmachen. Die Steigerung des Ausgabenbedarfs der Stadt ist also, was immer und immer wieder betont werden muß, keineswegs die Folge einer leichtsinnigen oder verschwenderischen Geschäftsführung, sondern einzig und allein die Folge der herrschenden Notlage, gegen die die Stadtverwaltung im Grunde ebenso machtlos ist, wie der einzelne. Das ergibt sich auch, wenn man untersucht, wie der gesteigerte Ausgabebedarf sich auf die einzelnen Verwaltungszweige verteilt. So ist der Ueberdruck der Grundstücksverwaltung im neuen Haushaltsplan um rund 64 000 Mark geringer veranschlagt, als im Vorjahre. Der Grund liegt hauptsächlich in der außerordentlichen Steigerung der Ausgaben für die Unterhaltung der Gebäude. Der Haushaltsplan des Bau- und Wohnungswesens erfordert einen Zuschuß von fast 2 Millionen Mark gegenüber rund 465 000 Mark im Vorjahre.

Von diesem Mehrbedarf entfallen zunächst 1/2 Million Mark allein auf die Kosten der laufenden Verwaltung, namentlich auf Befolgungen, rund 130 000 Mark auf die Unterhaltung der Straßen und Plätze, 875 000 Mark auf die Unterhaltung der Gärten und Parkanlagen, mehr als 1 Million Mark auf die Straßenreinigung und Müllabfuhr, größere einmalige Ausgaben dagegen sind in dem Haushaltsplan überhaupt nicht vorgesehen. Ebenso ist der Aufschub, den das Polizei- und Sicherheitswesen erfordert, um rund 600 000 Mark höher veranschlagt als im Vorjahre, in der Hauptsache auch hier lediglich eine Folge der gesteigerten Ausgaben für Befolgungen. Der Zuschuß für das Gymnasium ist auf rund 223 000 Mark geschätzt, gegen 73 000 Mark, für die Realschule auf 162 000 Mark gegen 46 000 Mark, für das Lyzeum auf 178 000 Mark gegen 42 000 Mark, für die Volksschulen auf 1 415 000 Mark gegen 408 000 Mark im Vorjahre, auch hier eine Folge der durch die städtische Verwaltungsreform notwendig gewordenen Geschäftserhöhungen. Demgegenüber fällt es nicht sehr ins Gewicht, wenn auch die Kapital- und Schuldenverwaltung einen um mehr als 360 000 Mark höheren Zuschuß erfordert. Zur Deckung aller dieser Mehrausgaben können im Haushaltsplane auch die Ueberlässe vom Wasserwerk und Gaswerk nicht herangezogen werden, da sie nur um etwa 70 000 Mark höher veranschlagt werden konnten, als im Vorjahre und fast ganz durch den Minderüberschuß der Grundstücksverwaltung aufgezehrt werden. Es bleibt also nichts übrig, als den gesamten Mehrbedarf durch Steuern zu decken, so daß sich ein Gesamtsteuerverbedarf von fast 7 1/2 Millionen Mark ergibt. Davon sollen etwa 1 500 000 Mark durch Biersteuer, Hundesteuer, Lustbarkeitssteuer, Grundwertversteuern und Wertzuwachssteuer, 3 650 000 Mark durch den Anteil der Stadt an der Reichseinkommensteuer und etwa 30 000 Mark durch Betriebszuschüsse auswärtiger Gemeinden gedeckt werden. Um den Rest zu decken, sollen erhoben werden:

15% der Mieten als Müllabfuhrgebühr,  
15% des Gebäudeverwertungswertes als  
Straßenreinigungsgeld,  
9 vom Tausend des gemeinen Wertes als Gemeindegeldsteuer,  
360% des nach der Gewerbesteuer sich ergebenden Solls als Gemeindegewerbesteuer,  
und eine Gemeindeeinkommensteuer,  
deren Ertrag auf 600 000 Mark geschätzt wird.

Wir sind uns wohl dessen bewußt, daß diese Steuern eine ganz außerordentlich schwere Belastung der Steuerzahler darstellen. Es dürfte aber tatsächlich kaum möglich sein, an dem Haushaltsplan, der mit außerordentlicher Sparsamkeit aufgestellt ist, irgend welche nennenswerte Abstriche zu machen. Soll der Haushaltsplan nicht mit einem Fehlbetrag abschließen und das dürfte allen Grundlügen einer gesunden Geldwirtschaft widersprechen, so wird die schwere Steuerlast getragen werden müssen, welche der Magistrat vorschlägt. Dabei will ich aber nicht unerwähnt lassen, daß für das nächste Jahr eine wesentliche Erleichterung der finanziellen Belastung der Stadt erwartet werden kann, wenn Reich und Staat gewisse Versprechungen, die sie den Gemeinden gegeben haben, tatsächlich erfüllen, insbesondere, wenn sie die Polizeilasten, die Volksschulasten und die Kosten der Besoldungsreform wenigstens zum Teil den Gemeinden abnehmen, und die Beihilfen zu den höheren Schulen wesentlich erhöhen. Wenn dann weitere Steigerungen der Gehälter und Löhne vermieden werden, und sowohl Beamte, wie Angestellte und Arbeiter müssen sich klar darüber sein, daß die Grenze, bis zu der die Stadt ihren Ansprüchen entgegenkommen konnte, erreicht ist und weiteres Entgegenkommen von Seiten der Stadt nicht mehr erwartet werden kann, und wenn die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Vaterlande geordnete bleiben, dann kann ich die Hoffnung aussprechen, daß vielleicht schon im nächsten Jahre die Steuern herabgesetzt werden können, ohne daß die Weiterentwicklung der Stadt Not leidet.

An den vom Ersten Bürgermeister erstatteten Verwaltungsbereicht knüpfte sich eine lange Debatte.

Stadtv. Direktor (Soz.) verteidigte in einer vierzig Minuten langen Rede die sozialdemokratische Fraktion gegen den Vorwurf, daß sie im abgelaufenen Etatsjahre verschwenderisch gewirtschaftet und städt. Gelder zum Fenster hinausgeworfen habe. Die Fraktion habe im Gegenteil sparsam und sachlich gearbeitet und auf die rechte Seite des Hauses keinen Terrorismus ausgeübt. Der Redner kam dann nach häufigen Abschweifungen, die sich mit der inneren und auswärtigen Reichspolitik seit Ausbruch der Revolution befaßten, nochmals auf die Denkmalsangelegenheit zu sprechen und warf den Bürgerlichen vor, daß es in ihren Reihen an Entschlossenheit fehle. In Zukunft werde die sozialdemokratische Fraktion im Stadtparlament für die Einheitschule, für die Auslese der begabtesten Volksschüler, für die Einrichtung einer religionslosen Schule in Mavasser, für die körperliche Erziehung der Jugend, für die Behebung der Wohnungsnot, für eine Wohnungsluzussteuer, für die Besteuerung von Jagdschunden, Schießpistolen, Klavieren, Grammophon, für den Ausbau städt. Handwerksbetriebe, für die Einrichtung einer städt. Sargtischlerei, für die Kommunalisierung des Bestattungswesens und für eine Neuordnung des Altmöbelhandels eintreten. Zum Schluß meinte der Redner, daß die Rechte gegenwärtig die Rolle eines Gefangenen spiele, und daß ihr die Vorkant das Gesetz des Handelns vorschreiben werde. — Stadtv. Dapler (Unabh.) stimmte in langen Ausführungen zu den meisten Programmpunkten des Stadtv. Direktors zu. Er forderte, daß die Stadt Einfluß auf die Bergwerke gewinne und das Elektrizitätswert in eigene Regie übernehme. Verschiedene Etats wurden seine Freunde nicht genehmigen, so u. a. die Forderungen für das Gymnasium und das Lyzeum, die Anstalten seien, die nur für die Kinder der Kapitalisten von Nutzen wären und außerdem Brutstätten des reaktionärsten Nationalismus. Das Bergfest auf der Kolbebaube, an dem sich die Schüler der beiden Anstalten überwiegend beteiligt hätten, hätte dafür wieder einen erschreckenden Beweis geliefert.

Stadtv. Dr. Hünerfeld (Bürgerpartei) wies darauf hin, daß der Stadtv. Direktor in seiner langen Rede über alles andere, jedoch wenig über den Etat gesprochen hätte. Seine Ausführungen qualifizierten sich als Wahlrede, in der die Verhältnisse sehr einseitig betrachtet wurden. Auch die Bürgerpartei werde in Schul- und Bildungsfragen alle notwendigen Forderungen unterstützen und besonders die körperliche Erziehung der Jugend zu fördern suchen. Das Gesetz des Handelns werde sich die Bürgerpartei niemals von der Linken diktieren lassen, sondern stets nach freien, selbständigen Entschlüssen handeln. — Stadtv. Scharf (Bürgerp.) wandte sich gegen die Kommunalisierung des Handwerks, bezgl. Stadtv. Kretschmer (Bürgerp.). — Stadtv. Ernst verlangte eine durchgreifendere Tätigkeit der Preisprüfungsstellen. — Weiter beteiligten sich an der Debatte die Stadtv. Ferber, Peltner, Kretschmer, Kirchner, Scharf und Stadtrat Grütner.

Erster Bürgermeister Dr. Erdmann erklärte sich mit der Erhöhung der Hundesteuer einverstanden, habe aber rechtliche Bedenken gegen die Einführung einer Klavier- und Jagdgewehrsteuer. Monopolebetrieb werde der Magistrat auch ferner unter städt. Einfluß zu bringen suchen. Eine völlige Kommunalisierung des Handwerks lehne er ab, dagegen müsse, wo es erforderlich sei, einem weiteren Ausbau der städt. Werkstättenbetriebe näher getreten werden. — Hierauf ergriß Stadtv. Dapler (Unabh.) abermals das Wort zu längeren Ausführungen. Er übersah sich aber dabei derartig, daß der Stadtv.-Vorsteher Peltner den Redner bat, seine Stimme doch nicht so anzustrengen, was große Heiterkeit auslöste.

Inzwischen war es 9 Uhr abends (!) geworden und da die weitere Aussprache nutzlos zu werden schien, stellten die Vertreter der vier bürgerlichen Parteien ihre Tätigkeit wegen der vorgerückten Zeit ein.

75. Geburtstag. Diesen immerhin seltenen Tag kann morgen, am 17. d. Mts., die Witfrau Fräulein, wohnhaft im Gaihof zum „Gold. Anker“ hier selbst, begehen. Die betagte Frau blüht auf ein Leben voll Mühe und Arbeit zurück, erfreut sich aber nichtsdesto-

weniger noch körperlicher und geistiger Frische und Rüstigkeit, die es ihr ermöglicht, noch auf Arbeit zu gehen. Seit 32 Jahren ist sie Bezieherin der „Waldenburger Zeitung“ und 26 Jahre Austrägerin derselben; 31 Jahre hat sie ihre bisherige Wohnung inne. Gewiß ein seltenes Zeugnis von Beständigkeit und Treue! Unseren Glückwünschen zu ihrem Wiegenfeste werden sich ihre zahlreichen Abonnenten und Bekannten gewiß gern anschließen.

\* Die Reichsstelle für Speisefette warnt vor dem Ankauf alter Bestände von Schmalz und Kondensmilch, die meist in Holland lagern, wegen Qualitätsmangel nicht angenommen sind und durch Schieberfirmen nach Deutschland gebracht werden. Anträge auf Einfuhr von Auslandsmargarine haben keine Aussicht auf Genehmigung, da die Reichsstelle befreit ist, die inländische Margarineindustrie wieder wettbewerbsfähig zu machen.

# Neu Salzbrenn. Auszeichnung. Dem Bergmann Bruno Jünke hier selbst, der unter eigener Lebensgefahr vor Jahresfrist in der Ober Salzbrenner Badeanstalt einen Schreibegehilfen vom Tode des Ertrinkens errettete, wurde die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

# Bad Salzbrenn. Familienabend. Die kathol. Pfarrgemeinde hielt in der „Preussischen Krone“ einen stark besuchten Familienabend ab, bei dem der bekannte Kankelredner Franziskanerpater Cherubim aus Glatz einen Vortrag über „Die Kulturmission der kath. Kirche in Vergangenheit und Gegenwart“ hielt. Weiter bot der Abend ausgezeichnete Darbietungen unserer heimischen Musikanten und Gesangsvereine, die lebhaften Beifall fanden.

-d. Nieder Salzbrenn. Gesangsaufführung. Muntere, rüstige Kinderchöre rüsten sich für diesen Sonntag, um für ihre erholungsbedürftigen Mitbürger in den stillen Waldheimen in den Dienst der Wohltätigkeit zu treten. An 600 Kinder werden in dem großen Garten der „Hummel“ zu Polenz ihre Stimmen erschallen lassen. In das bunte Bild der Kinder, das sich in Einzel-, bzw. Gruppen- und Massenchöre teilt, sind Reigen und Baurntänze aufgenommen, und freudig wird sich das Auge weiden an dem bunten Gewimmel. Möchten nur die Schleusen des Himmels ungeöffnet bleiben, dann ist für das Gelingen der Veranstaltung gesorgt!

## Bunte Chronik.

Für 400 000 Mark Steuermarken unterschlagen.

Einen neuen Gegenstand für Diebstähle und Veruntreuungen hat der Steuerabzug geliefert. Die Steuermarken, durch die der Abzug vom Lohn und Gehalt belegt wird, haben einen erheblichen Wert. Die höchsten Wertzeichen laufen auf 25 Mark. Ein ungerechter Postbeamter hat sich die neue Einrichtung schon verbrecherisch zunutze gemacht. Der 35-jährige Postsekretär Wilhelm Müller aus Pyritz hat dem Amt 16 000 Stück Steuermarken zu je 25 Mark, also für 400 000 Mark, unterschlagen und ist damit durchgebrannt. Auch 70 000 Mark bares Geld hat er mitgenommen. Auf die Ergreifung des Flüchtigen ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Eine Schwindelfabrik aufgedeckt.

Als ein Betrugsunternehmen wurde durch die Kriminalpolizei in Berlin eine „Chemische Fabrik“ aufgedeckt, die durch verlockende Aufmachungen und Anpreisungen vermögende Teilhaber und fälschungsfähige Angestellte suchte. Nach den bisherigen Ermittlungen hat der Verhaftete, ein gewisser Georg Zmiella, bereits 160 000 Mark von vertrauensseligen Leuten erhalten.

Shakespeare auf deutschen Bühnen.

Dem statistischen Ueberblick über die Aufführungen Shakespearscher Werke auf den deutschen und einigen außerdeutschen Theatern im Jahre 1919, den Dr. Egon Mühlbach, Leipzig, in dem demnächst erscheinenden Jahrbuch der deutschen Shakespeare-Gesellschaft mit gewohnter Zuverlässigkeit aufgestellt hat, entnehmen wir folgende bemerkenswerte Zusammenstellung. Im ganzen handelt es sich um 284 Theatergesellschaften (gegen 281 im Jahre 1918) mit 23 Werken des Dichters in 1349 (1918: 1038) Aufführungen. An der Spitze steht „Wie es euch gefällt“ mit 204 Aufführungen durch 15 Gesellschaften; dann folgen „Othello“ (175:53), „Hamlet“ (150:41), „Was ihr wollt“ (144:25), „Der Kaufmann von Venedig“ (109:60), „Ein Sommernachtstraum“ (76:16), „Romeo und Julia“ (74:29), „Ein Wintermärchen“ (62:12), „Coriolan“ (47:4) usw. Der meisten Aufführungen darf sich Berlin rühmen mit 284; dann folgen Hamburg-Milona mit 79, Wien mit 61, München mit 59, Düsseldorf mit 49 und Leipzig mit 46.

Eine treffende Inschrift.

Kaiser Don Pedro II. von Brasilien kam eines Tages auf einen vernünftigen Gedanken, in Rio de Janeiro ein Heim für Arme und Obdachlose zu errichten und erließ einen Aufruf, der zur Spende von Beiträgen aufforderte. Sein Ruf erlangt indessen wie ungehört und nur sehr wenig Geld kam zusammen. Da versagte der Menschenkenner auf dem Thron einen neuen Aufruf, in dem er den Baronten denen, die 100 Contos (etwa 20 000 Mk.) und den Grafen jedem versprach, der 250 Contos (etwa 50 000 Mk.) zeichnete. Das half. — Das Geld strömte förmlich herbei. Für das Heim der Armen hatte man nichts übrig gehabt, wohl aber für die Befriedigung der Eitelkeit. Endlich kam der Tag, da das Heim sollte eingeweiht werden, und das Haus „Sancta Casa Misericordiae“ stand fertig und feierlich geschmückt. Nur ein Feld der Front war noch von einer Draperie verborgen, die erst im Augenblick der Einweihung entfernt wurde. Dann zeigte sich eine lateinische Inschrift: „Vanitas humana humana miseria“ (Die menschliche Eitelkeit dem menschlichen Elend). Treffender und gerechter sind wohl Zurechtfindungen selten bestrahlt worden.



Leutnant und drückte dem jungen Mädchen warm die Hand. Sie lächelte ihm freundlich zu und fuhr fort:

„Eberhard gehört zu Bornitz wie der Fluß, der die Räder der Maschine treibt, ich kann mir die Anlagen nicht ohne ihn denken, und ich mag es nicht. Mit meiner Bewilligung geschieht nichts, was seine Tätigkeit lahmlegen oder sie ihm verkleiden könnte.“

„Du tust ja gerade, als wärest Du unumschränkte Herrin von Bornitz“, sagte Frau Bergfeld hohnvoll. „Dein Onkel, Deine Mutter, Walter haben doch noch ein Wort mitzureden, und Du hast gar keine Stimme.“

„Es fehlt freilich noch ein ganzes Jahr an meiner Mündigkeit, aber ich glaube, im stillen haben sie mich alle schon mündig gesprochen“, erwiderte Viktoria, stolz den schönen Kopf erhebend. Smolkna, der jetzt den Augenblick gekommen glaubte, wo er sich ins Mittel legen durfte, machte eine Bewegung, als wolle er sich dem schönen Mädchen zu Füßen legen, und sagte schnell:

„Hatte ich daran gezweifelt, so würde mich dieser Augenblick davon überzeugen haben, daß Sie mündig sind, mein gnädiges Fräulein. Wollen Sie, wollen die Herrschaften mir trotzdem gestatten, daß ich versuche, als Vermittler in diesem Streit aufzutreten.“

„Gern!“, rief aufatmend der Hauptmann. „Um Sie das!“ erlaubte mit einem hoheitsvollen Neigen des Kopfes Frau Bergfeld; sie hatte sich jetzt wieder auf ihre Vornehmheit besonnen. Die Kommerzienrätin und Viktoria nickten ihm freundlich zu, und selbst Walter murmelte halbblau ein Wort des Beifalls.

„Frau Bergfeld hat vollständig recht“, fuhr er, sich vor dieser verbeugend, fort, „aber wir wollen ihre Gnade anrufen. Lassen Sie jenem Elenden kurze Zeit die Freistadt, welche ihm die allzuweit getriebene Humanität des Herrn Freyschmidt gewährt hat, er wird sich ja bald genug selbst unmöglich machen. Es ist ihm doch hoffentlich angedroht, daß er beim ersten Anlaß, den er zur Unzufriedenheit gibt, entlassen wird?“

„Das versteht sich von selbst“, versetzte der Hauptmann.

„Er wird darauf nicht allzulange warten lassen, und dann ist die Sache erledigt“, schloß Smolkna, indem er Frau Bergfeld einen Blick zuwarf, dessen Bedeutung sie mit der ihr eigenen schnellen Auffassungsgabe sofort verstand. Der kluge Gast hatte die Sachlage sehr richtig erkannt und ihr einen ausgezeichneten Rat gegeben. Mit Gewalt war in diesem Falle nichts auszurichten, Heidrich mußte wieder fort, am liebsten ins Zuchthaus, und gab er nicht von selbst einen Anlaß dazu, so wollte sie schon Mittel und Wege finden, einen herbeizuführen. Für jetzt hieß es einen ehrenvollen Rückzug antreten.

„Ich danke Ihnen, Herr von Smolkna, und

bitte Sie zugleich um Verzeihung, daß wir Sie zum Zeugen dieser unangenehmen Erörterung gemacht haben; wir wollen zu gelegener Zeit weiter darüber sprechen.“ Die letzten Worte waren mit einem herablassenden Nicken an ihren Bruder gerichtet, während sie die große, wohlgepflegte Hand dem Gast reichte, der sie ehrfurchtsvoll an seine Lippen drückte.

„Ich fühle mich geehrt, daß Sie mich so gänzlich als zu Ihnen gehörig betrachtet haben, und gleichzeitig ermutigt, Ihnen eine Bitte vorzutragen, meine gnädigste Frau“, erwiderte Smolkna mit feinem Lächeln. „Ich habe erst einen Teil Ihres entzückenden Schloßkens in Augenschein genommen, darf ich es völlig durchwandern? Und würden Sie mir vielleicht auch den Juwelenchat zeigen, von dem ich schon so viel gehört habe?“

„Aber mit dem größten Vergnügen!“ rief Frau Bergfeld geschmeichelt. Sie gab sogleich das Zeichen zum allgemeinen Ausbruch von der Terrasse, indem sie den Arm des Herrn von Smolkna nahm, um sich von ihm ins Haus führen zu lassen. Der Hauptmann leistete seiner Schwägerin den gleichen Dienst, Viktoria und der Leutnant folgten.

„Gott sei Dank, nun reitet die Tante ihr Steckenpferd und Heidrich und Freyschmidt werden fürs erste Ruhe haben“, flüsterte Walter.

„Ein gewandter Mensch ist der Herr von Smolkna, das muß man ihm lassen. Ich gestehe, heute hat er mir gefallen.“

„Mir gefällt er immer“, erklärte Viktoria. Walter verzog den Mund. „Geschmacksache, Anjichen. Ich kenne aber doch jemand, der Dir noch besser gefällt.“

„Welche Eitelkeit!“  
„Du wirst mich doch nicht für so dumm halten, daß ich dabei an mich denke?“ Er sah ihr schelmisch in die Augen, und sie senkte errotend den Kopf.

## VI.

„Du erlaubst, liebe Antonie, daß ich hier bleibe.“ Mit diesen Worten sank die kleine, wohlbeleibte Kommerzienrätin schon im zweiten Zimmer, in dem eine wohlige Rühle herrschte, in einen Armstuhl und breitete ihre Häfelarbeit die sie trotz ihrem Hange zur Bequemlichkeit mit sich geschleppt hatte, schon wieder auf ihrem Schoß aus.

„Aber Tante, muß denn die Decke heute noch fertig?“ neckte Walter und nahm die aus weißen an einander gereihten Sternen bestehende Arbeit in die Hand.

Die Kommerzienrätin entriß sie ihm, als fürchte sie, er könne etwas daran verderben, und erwiderte: „Es wird keine Decke, sondern Gardinen; ich habe acht Stück zu häkeln und möchte sie gern fertig haben, ehe wir nach der Schweiz reisen.“

(Fortf. folgt.)

# Gebirgs-Blüten.

Unterhaltungs-Beiblatt zur „Waldenburger Zeitung“.

Nr. 217.

Waldenburg, den 16. September 1920.

Bd. XXXXVII.

## Die Juwelen der Tante.

Von F. Arnesfeldt.

Nachdruck verboten.

(9. Fortsetzung.)

„Freyschmidt hatte dem Heidrich versprochen, ihm behilflich zu sein, wieder auf den rechten Weg zu kommen, er mußte also Wort halten“, kam der Leutnant seinem Vater zu Hilfe.

„Er hat ihn angenommen, ohne mich vorher zu fragen“, entschuldigte sich der Hauptmann.

„Und Du hast „Ja und Amen“ dazu gesagt“, höhnte seine Schwester.

„Ich konnte Freyschmidt doch nicht bloßstellen“, murmelte er.

„So, das konntest Du nicht!“ schrie sie dicht vor ihn hinstretend. „Aber mir konntest Du diesen unerhörten Schimpf antun lassen, mich konntest Du in diese fortdauernde Gefahr bringen!“

„Der arbeitende Heidrich ist keine Gefahr für Dich, der Bagabund wäre es geworden, Tante“, erwiderte der Leutnant.

„Bapperlapapp, aus Dir redet Freyschmidt!“ fuhr sie ihn an. „Freyschmidt hat den Menschen nur eingestellt, um mir einen Schabernack zu spielen, um mich so recht gründlich zu ärgern.“

„O, wie bitteres Unrecht tust Du ihm!“ rief hier Viktoria.

Blitzschnell wandte sich Frau Bergfeld zu ihr herum: „Was fällt Dir ein? Wie kommst Du dazu, ihn zu verteidigen?“ fragte sie scharf.

Ueber Viktorias feines Gesicht ergoß sich eine hohe Röte, welche sich auch über den schlanken Hals und bis in das Lodengefäusel des Nackens ergoß, aber mit fester Stimme antwortete sie: „Pflicht und Ehre gebieten, sich eines Abwesenden, der so ungerecht angegriffen wird, anzunehmen. Eberhard Freyschmidt handelt stets aus den edelsten Motiven.“

„Du redest, wie Du es verstehst!“ entgegnete Frau Bergfeld grob.

„Du wirst Heidrich morgen ablohn“, wandte sie sich ohne jeden Uebergang an ihren Bruder, der sie erschrocken mit halb offenem Munde anstarrte. „Das ist das wenigste, was ich von Dir verlangen kann.“

„Aber Antonie, bedenke!“

„Was denn?“

„Das hieße ja Freyschmidt ins Gesicht schlagen.“

„Wenn er sich Uebergriffe erlaubt, so muß er sich gefallen lassen, daß man ihn in seine Schranken verweist. Meinen Sie nicht, Herr

von Smolkna?“ wandte sie sich taktlos genug wieder an diesen.

„Das scheint mir allerdings nicht unrichtig“, bemerkte dieser, „indes —“

„Er wird es sich nicht gefallen lassen!“ seufzte der Hauptmann.

„Er hat sich auch gar keinen Uebergriff erlaubt!“ rief Viktoria lebhaft, „er besitzt unumschränkte Vollmacht, Leute einzustellen und abzulohnen.“

Walter nickte der Rusine hinter dem Rücken der Tante zu, und diese sagte:

„Was sagst denn Du dazu, Berta?“

Die Kommerzienrätin, welche schweigend und in großer Hast gehäkelt hatte, seufzte und sagte weinerlich: „Laß mich doch aus dem Spiele, Antonie, ich mische mich nie in Geschäfts-Angelegenheiten!“

„Ja, ja, ich weiß“, erwiderte Frau Bergfeld mit einem malitiösen Lächeln, „hier handelt es sich aber um eine Familien-Angelegenheit. Wollt Ihr mich wirklich jenem Freyschmidt opfern?“

„Aber Tante Antonie“, schmeichelte Walter, „sieh doch die Dinge an wie sie liegen. Sollte man sagen, Du habest an Heidrich, nachdem er seine Strafe verbüßt, noch Rache nehmen wollen?“

„Ach Jagen“, erwiderte sie, aber sie ward doch ein wenig nachdenklich.

„Laß ihn doch jetzt ein oder zwei Wochen in der Spinnerei, nachher findet sich schon eine Gelegenheit, ihn unauffällig zu entfernen“, redete, ihre etwas ruhigere Stimmung benutzend, der Bruder ihr zu; aber sie fuhr wieder auf:

„Ich will aber nicht, daß es unauffällig geschieht, ich will Genugtuung haben. Dieser Mäße Eberhard soll einsehen, daß er hier nicht tun darf, was ihm beliebt. Schicke den Kerl auf der Stelle fort.“

„Das kann ich nicht, so gern ich Dir gefällig wäre, Antonie. Du mußt das doch einsehen.“

„Nein, das sehe ich nicht ein. Was kann denn geschehen? Gefällt die Sache dem Herrn Freyschmidt nicht, so mag er mit ihm gehen. Es gibt noch mehr seinesgleichen.“

„Entschuldige, Tante, wenn ich Dir widerspreche“, versetzte jetzt Viktoria mit einem welt über ihre Jahre gehenden Ernst. „Bornitz ist die Schöpfung meines Vaters, sie soll, so weit ich etwas dazu beitragen kann, in seinem Geiste weitergeführt werden, und das versteht niemand besser als sein Schüler und Mitarbeiter Eberhard Freyschmidt.“

„Sehr, sehr richtig, liebe Wick“, rief der